

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 20 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postkontokto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13663. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon 4596**

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Nekrolog-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die ersten Maßnahmen der Reichsregierung. Zehn reaktionäre Heftblätter verboten.

Berlin, 30. August. (W.V.) Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August hat der Reichsminister des Innern das Erscheinen folgender Zeitungen auf 14 Tage verboten: Deutsches Abendblatt (8-Uhr-Ausgabe des Deutschen Tageblattes) Berlin, Deutsches Tageblatt-Berlin, Deutsche Zeitung-Berlin, Deutsches Wochenblatt-Berlin-Friedenau, Spandauer Tageblatt-Spandau, Böllisches Tageblatt-Spandau, Niedersächsisches Einzelheft-Niesobach (Ostpreußen), Böllisches Beobachter (Münchener Beobachter)-München, Süddeutsche Zeitung-Stuttgart, Hamburger Warte-Hamburg.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Mitteldeutschland.

Berlin, 31. August. (T.U.) Der Reichspräsident erläßt eine Verordnung, durch die der Ausnahmezustand in Mitteldeutschland mit Wirkung vom 1. September aufgehoben wird.

Die Rechtspresse heult auf und jammert über Vernichtung des Rechts, Erdrosselung der Freiheit der Presse usw. Dieselbe Rechtspresse, die gegen massenhafte und langdauernde Verbote der sozialistischen Presse nie etwas einzuwenden hatte, ist plötzlich entsetzt über die „einseitige Wendung“ der Reichsregierung gegen die Mörderparteien der Rechten. Dieselbe Rechtspresse, der die unglücklichste Ausweitung des Rechts gegen linksoppositionelle Politiker niemals Kopfschmerzen verursachte, entrümpelt sich jetzt über Kaufschreibensbestimmungen. Wir sind nicht Freunde von Ausnahmeverordnungen und Presseverboten. Aber die Rechtspresse hat wahrlich kein Recht, sich zu beschweren, daß das Maß gegen sie angewendet wird, dessen Gebrauch gegen andre sie stets bejubelt und gefordert hat!

Vor der Demonstration des Berliner Proletariats.

Berlin, 31. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die heutige Kundgebung der Berliner Arbeiterklasse dürfte den gewaltigsten, größten Umfang annehmen, den derartige Demonstrationen jemals gehabt haben. Alle Organisationen fordern zur Beteiligung auf. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: „Schart euch zusammen zum Schutz der demokratischen Republik. Vergißt, was euch sonst trennen kann, laßt fallen Vorurteile und vereinigt euch mit allen, die den Willen haben, die Republik zu schützen, daß die Reaktion weiß, daß sie einer geschlossenen Front eines einzigen deutschen Volkes gegenübersteht. Erstreckt eure Hand über die Vertreter der politischen Organisationen der Arbeiterklasse, die Parteileitungen der SPD. und USPD, zur gemeinsamen Abwehr zusammenschließen. An unsre Mitglieder rufen wir die Aufforderung, sich an den Protestaktionen, zu denen diese aufrufen, vollständig zu beteiligen.“

Die Freiheit schreibt zu der heutigen Kundgebung: Der neue Vorstoß der Deutschnationalen hat die Massen des arbeitenden Volkes mit einem Schlag zu neuer Aktivität, zu energischer Abwehraktion aufgerufen. Schon in den letzten Wochen rang aus den spontanen Abwehraktionen der Arbeiter gegen die militaristischen und nationalistischen Kundgebungen im Reich ein dumpfes Grollen hervor. Jetzt hat sich dieses Grollen verdichtet zu der Erkenntnis, daß mit den Vorstößen der Reaktion, einerseits auf welchem Gebiet, endlich Schluß gemacht werden muß. Sind so die Aktionen von rechts, die Tannenbergfeiern, die Frontkämpferlage und nationalistische Paraden und häufigen Attentate eng miteinander verknüpft durch das gemeinsame Ziel der Wiederbelebung des Monarchismus, Nationalismus und Militarismus und der Erdrosselung des freien Wirkens der Arbeiterklasse, so werden andererseits der Abwehraktion des Proletariats diesmal auch weite Kreise der demokratischen Mittelschichten ihre Sympathie nicht verjagen können, die darauf gerichtet ist, durch Niederdrückung der nationalistischen und militaristischen Gefahren die Fesselung des Proletariats durch eine neue Abwehraktion auf immer zu verhindern und freie Bahn zu schaffen für die Lösung der gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die gegenwärtig auf die Tagesordnung gestellt sind. Diese instinktive Abwehraktion hat mit einem Schlag die innere Zerrissenheit der Arbeiterklasse überwunden und das Proletariat als große, einheitliche Masse der nationalistischen Mordreaktion gegenübergestellt.

Der Republikanische Reichsbund für die Kundgebung wider den Meuchelmord.

Der provisorische Vorstand des Republikanischen Reichsbundes sendet uns folgenden Drahtaufruf:
Die Mitglieder des Republikanischen Reichsbundes werden aufgefordert, sich an den Mittwoch-Massendemonstrationen der deutschen Arbeiterklasse für die deutsche Republik gegen rassistischen politischen Meuchelmord und die dunklen Hintertriebe der Anhänger einer Wiederherstellung des alten Obrigkeitsstaates und der Monarchie in allen deutschen Gauen vollständig zu beteiligen, insbesondere werden die dem freiheitlichen Bürgertum angehörenden Mitglieder des Reichsbundes gebeten, Schulter an Schulter mit

der deutschen Arbeiterklasse Solidarität im Eintreten für die republikanische Verfassung zu bekunden.
Fehr, v. Brandenstein, führender Staatsminister.

Berlin, 30. August. (D.M.) Die Bundesleitung des „Reichsbundes der Arbeiterkassen“, gen. Duderstadt, hat an sämtliche Ortsgruppen folgende Drahtung gerichtet: Ersuchen dringend, geschlossen an Mittwochdemonstrationen gegen politischen Mord für Republik teilzunehmen.

Geschlossene Front der Verfassungsfreunde.

Die Leitung der Deutschen demokratischen Partei ruft in einer Kundgebung zu einer geschlossenen Front der Verfassungsfreunde auf. Sie meint, die verbrecherische Hege gegen die deutsche Republik und Demokratie habe zu den furchtbaren Folgen geführt, die jeder verantwortungsvolle Politiker voraussetzt. Es wird abzuwarten bleiben, welche Handlungen die Demokratische Partei selbst zum Schutze der Republik unternimmt, wie sie ihre Presse und ihre Organisationen anweist, den Kampf gegen die politischen Meuchelmörderparteien ernsthaft aufzunehmen und durchzuführen. Jede Halbheit, jede Schwäche im Kampfe gegen rechts ist Verrat an der Republik und Hilfe für die deutschen Faschisten.

Der neueste Trick der Meuchelmörderpresse.

Mehrere nationalistische Blätter bringen die Meldung, der Mord an Erzberger sei, wie aus Drohbrieffen an Erzberger und seine Frau hervorgehe, aus persönlichen, nicht aber aus politischen Gründen verübt worden. Es ist also ganz offenkundig, daß die Mörderparteien die ganze Angelegenheit jetzt vom politischen Gebiete ab und auf das persönliche Gebiet schieben wollen, nachdem sie sehen, daß politische Wirkung dieser gräßliche Meuchelmord hat. Die Deffentlichkeit wird sich durch diese politischen Scheldereien aber nicht irreführen lassen.

Ortwig von Hirschfeld verhaftet.

Berlin, 31. August. Ortwig von Hirschfeld hat sich im Laufe des gestrigen Tages auf dem Polizeipräsidium eingefunden und ist hier sofort zur Morbsache Erzberger eingehend verhört worden. Nach seiner Beurlaubung aus dem Strafgefängnis am 17. April 1921 hielt sich v. Hirschfeld seit Ende Juni in Calmbach an der Elbe auf. Am Tage der Mordtat will sich v. Hirschfeld ununterbrochen in Calmbach aufgehalten haben und von dort am 29. August nach Weimar abgefahren sein. Calmbach liegt nur etwa 35 Kilometer vom Tatort entfernt. Die Beschreibung, die von Augenzeugen über einen in Griesbach erkannten Täter gegeben wird, trifft auf v. Hirschfeld zu. Unter diesen Umständen ist Ortwig v. Hirschfeld vorläufig in Haft gehalten worden, um so mehr, als auch eine auswärtige Polizeibehörde den Verdacht der Täterschaft des Genannten geäußert hat.

Aus Stuttgart wird gemeldet: Der ehemalige Fähnrich Ortwig von Hirschfeld, der seinerzeit das Attentat auf Erzberger verübte, hat sich, wie die Tel.-Annon vom württembergischen Landespolizeiamt erfährt, seit Juni dieses Jahres in Calmbach bei Neuenburg im württembergischen Schwarzwald aufgehalten. Dasselbst hat er sich auch am Tage des Mordes an Erzberger aufgehalten und nachgemessenemahnen sich nicht von Calmbach entfernt. Am Montag ist er von dort abgereist, angeblich, um sich zunächst zu seinen Eltern zu begeben und dann in die Strafanstalt Tegel bei Berlin zur Verbüßung seiner Reststrafe zurückzukehren.

Regierungsumbildung in Preußen?

Berlin, 31. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In preussischen Parlamentskreisen wird nach den Vorgängen der letzten Tage mit besonderem Nachdruck auf die Erklärung hingewiesen, die Ministerpräsident Stegerwald vor sechs Tagen im Hauptanschuß des preussischen Landtages abgegeben hat. Da spricht er davon, daß er einer Verbreiterung der Regierungsbasis durchaus sympathisch gegenüberstehe. Stegerwald befindet sich jetzt auf der Katholikentagung in Frankfurt am Main und hat dort, wie das Berliner Tageblatt hört, eine eingehende Besprechung mit dem Reichskanzler und mit andern bedeutenden Politikern des linken Zentrums gehabt, die der Regierungskrise in Preußen gewidmet war. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß noch vor dem Zusammentritt des preussischen Landtages am 28. September die Frage der Umbildung des preussischen Kabinetts durch Hinzuziehung der Sozialdemokratie von neuem akut wird.

Berurteilung des Mörders des französischen Majors Montalegre.

Tarnowitz, 30. August. (T.U.) Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht fand am Dienstag die Urteilsverkündung gegen den der Ermordung des französischen Majors Montalegre angeschuldigten Soldaten statt. Das zur Verlesung gekommene Urteil lautete auf fünf Jahre Zuchthaus wegen verübten Totschlags.

Kahr-Bayern und die Ausnahmeverfügung der Reichsregierung.

Unter den ersten Maßnahmen der Reichsregierung, die sie auf Grund der neuen Verordnung des Reichspräsidenten erlassen hat befindet sich auch das Verbot zweier der berüchtigtsten Heftblätter der Mörderparteien in Bayern.

Wir sind gespannt darauf, ob dieser Befehl des Reichsministers des Innern von den bayrischen Behörden respektiert werden wird, oder ob die Regierung Kahr-Böhner diesen Anlaß zur offenen Auflehnung gegen das Reich benutzen wird. Für ganz ausgeschlossen halten wir das nicht. Wie die Rechtspresse in Bayern gegen das Reich heult, zeigt die folgende Meldung unseres Münchener Korrespondenten.

München, 31. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Kahrblätter eröffnen einen heftigen Feldzug gegen die Verordnung der Reichsregierung. Der Bayrische Kurier, das Blatt der Deutschen Volkspartei, bemerkt, daß es der Münchener Post wie den Münchener Sozialisten schlimm ergehen könne, denn sie läßen von ihrer Seite alles, um gegen die Vorschriften zu verstoßen, oder sei die Regierung Kahr unter der zu schützenden Staatsautorität nicht inbegriffen? Ebenso wendet sich die bayrische Volkspartei-Korrespondenz heftig gegen die Reichsregierung. Die Münchener Augsburger Abendzeitung meint ironisch, wenn die Verordnung früher erlassen wäre, hätte man wirksamer gegen die Teuerungsdemonstration der Münchener Gewerkschaften vorgehen können. Sie behauptet, die Verfassung sei von der Rechten nicht bedroht und verlangt ein Verbot der Freiheit und der Germania, die unerbittliche Geschuldigungen gegen die Deutschnationale Volkspartei und gegen die Kahrregierung geschleudert hätten. Das Blatt nennt die Verordnung eine Entfesselung der Strafe und den Weg zum Sowjetregiment. Die Münchener Zeitung wendet sich gegen Ausnahmeverordnungen und verlangt verfassungsgemäße Garantien. Sie behauptet, die vom Vorwärts geforderte Wahl der Laienrichter auf Grund des allgemeinen Wahlrechts bedeute die Einführung der Klassenjustiz. Der Berliner Korrespondent der Münchener Neuesten Nachrichten sagt, daß nichts verhängnisvoller wäre, als wenn die sozialistischen Parteien in der jetzigen Bewegung die Führung in der Hand behielten. Das Blatt verlangt energisches Vorgehen gegen angebliche Umsturzbestrebungen der Linken. Es wendet sich dagegen, daß die Durchführung der Verordnung nicht den Regierungen der Länder, sondern dem Reichsministerium des Innern als oberstem Vollzugsorgan übertragen werden ist. Das sei ein Novum in der Geschichte des deutschen Verfassungsrechts. Besonders wendet es sich gegen die Beschränkung der Presse, trotzdem es gegen das Verbot unseres Parteiblattes, die Morgenpost, der Kampf seinerzeit nichts einzuwenden hatte. Die bayrische Staatszeitung, das offizielle Organ der bayrischen Regierung, warnt die Reichsregierung, der radikalen Linken zu viel Spielraum zu gewähren. Der ganze Ton der Münchener Blätter ist darauf geklämt, einen Konflikt zwischen dem Reich und Bayern herbeizuführen.

In der gestrigen Sitzung des Münchener Stadtrats teilte der erste Bürgermeister Schmidt mit, daß er aus Anlaß des brutalen Vorgehens der Polizei bei der Teuerungsdemonstration sich an den Polizeipräsidenten Pöhner gewandt und ihn um Auskunft ersucht habe, ob die Schilderung, die der Stadtrat Hofmann von seiner Verhandlung durch die Polizei gegeben habe, auf Wahrheit beruhe. Darauf hat Pöhner dem Bürgermeister ein Exemplar des von ihm am Freitag angeschlagenen Plakats im Stille Jagowss überhand und dazu mitgeteilt, daß der Stadtrat Hofmann wohl diesen Erlaß gesehen habe. Der Stadtrat stimmte der Beschwerde des Bürgermeisters über dieses Vorgehen der Polizei an die Reichsregierung zu. Vorher hatten die bürgerlichen Parteien ihrem Bedauern über die Vorfälle in platonischer Weise Ausdruck gegeben. Von sozialistischer Seite wurden scharfe Angriffe auf Pöhner und die Regierung Kahr geworfen.

Der Sekretär des republikanischen Reichsbundes, Schmalko, ist gestern aus der Haft entlassen worden.

Ueber die Situation in Bayern informieren weiter die beiden folgenden Artikel unseres Münchener Mitarbeiters, die schon einige Tage zurückliegen. Wir konnten sie infolge des Andrangs von Stoff bislang nicht veröffentlichen, halten es aber für angebracht, sie jetzt noch wiederzugeben, da die Dinge sich in Bayern außerst zuspitzen:

Die Kahrpresse zur Ermordung Erzbergers.

München, 27. August.
Wie bereits gemeldet, hat die Ermordung Erzbergers in den Kreisen des honesten Bürgertums, abgesehen von den antisemitisch verheßten Kleinbürgern, starke Erregung hervorgerufen. Man erkennt nun allmählich die Gefahr, die von den alldutschen Verchwörungszirkeln droht, auch in diesen Kreisen und man beginnt sich gegen die verhängnisvolle Schwäche der republikanischen Staatsgewalten gegenüber einer autogonisierten und finanzierten Mord-

Hesse zu wenden, die in der reaktionären Presse ihr Unwesen getrieben hat und noch weiter treiben wird, wenn nicht eine rücksichtslose und starke Hand eingreift.

Die Umstände der Ermordung Erzbergers sind solcherart, daß niemand ernsthaft an dem politischen Charakter derselben zu zweifeln wagt. Am auffallendsten ist aber das Verhalten der Münchner Rahrpresse am Tage nach dem Bekanntwerden der tatsächlichen Mordtat. Noch am selben Tage, dem 26. August, wußte das offizielle Organ der bayerischen Regierung, die Staatszeitung, zur Ermordung Erzbergers nichts anderes zu sagen, als daß die Ursache der höchst bedauernden Untat in der Mißhandlung Erzbergers an dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges und an den Folgen des Versalles Vertrags, sowie in seinem Streben nach einer führenden Rolle, vielleicht sogar der höchsten Stelle im politischen Leben Deutschlands, zu suchen sei. Die „demokratischen“ Münchner Neuesten Nachrichten denunzierten Erzberger noch, daß er gemeinsam mit Scheidemann und Breitscheid bei Varnus war und den Operationsplan für die neue Regierung der Linken erdachte. Dieses deutsch-nationale Schandblatt legt die Ermordung Erzbergers der neuen Zeit zur Last, indem sie Erzberger, Berthold, Reuting und die Münchner Gelsen in eine Reihe stellt. Die Augsburgische Abendzeitung, das Organ der Deutschen Nationalen, brandmarkt Erzberger als einen Vorkämpfer und sagt, daß er der große Mann gewesen sei, der hinter dem Reichskanzler stand und ihn als seinen Schüler leitete. Der Böltische Beobachter, das Organ für „entschiedenheit“, scharf nach dem Mordtag, schreibt noch am Tage der Ermordung Erzbergers, daß man Erzberger für immer mundtot machen müsse.

Es ist keine zufällige Erscheinung, wenn die bayerische Rahrpresse in den Vordergrund ihrer Betrachtungen über die Ermordung des verhassten Politikers nicht den hinterhältigen Mordakt stellt, sondern die verräterischen Schandtaten des Gemeindefleisch. Vorliegender ist der Bayerische Kurier, das Organ der stärksten bayerischen Regierungspartei, die dem deutschen Zentrum am nächsten steht. Sieheht hat der Kurier gegen Erzberger mit am meisten, aber in der letzten Zeit ist ihm doch schwell bei der Sache geworden und er hat gemahnt, daß man den Kampf gegen Erzberger nicht auf das persönliche Gebiet lenken dürfe. Der Kurier meint, daß man eben daran gewesen sei, einen neuen Feldzug gegen Erzberger zu initiieren. Daß die Ermordung Erzbergers in Baden erfolgt sei, sei ein Beweis für die Behauptung der Rahrpresse, daß Regierungsgewalt und die Zusammensetzung der Polizeibehörden nicht haftbar gemacht werden können für Untaten, wie sie an dem Abgeordneten Gareis und nunmehr in dem sozialistisch mitregierten Baden begangen worden seien. Das ist an sich richtig. Aber trotzdem täte der Bayerische Kurier gut, das eine zu überlegen, daß es darauf ankommt, die Urheber der fortgesetzten politischen Mordtaten festzustellen. Und die werden allerdings nicht gefunden von einer Polizei, die, wie die Münchner, den Vorwurf des Polizeimordes auf sich sitzen läßt, die mit Mordklubs zusammenarbeitet, sondern nur von einer Polizei, die in Zukunft solche politische Morde unmöglich macht. Die Bayerische Volkspartei, die Partei des Bayerischen Kuriers, hat bisher nichts getan, um diese Mordorganisationen auszuhellen, obwohl sie ihr bekannt sein müssen. Im Gegenteil, die stärkste Regierungspartei Bayerns hat durch ihren Fraktionsführer Feld in dem bayerischen Landtag alles getan, um diese Aufdeckung einer in München sitzenden Mordzentrale in der Kaffee-Dobner-Bräcker zu verhindern. Das ist der Unterschied zwischen einer demokratischen sozialistischen Polizei und einer solchen, die unter der Regierung Rahr und einer Polizeidiktatur Böchner ihre schützende Fittiche über die wohlbekannte altdeutsche Mordzentrale hält. Darüber kommt der heuchlerische Bayerische Kurier nicht mit rührseligen Worten hinweg.

Das Verhalten der Münchner Rahrpresse zur Ermordung Erzbergers verstärkt nur den Verdacht, daß die Urheber der Mordtaten dort sitzen, wo auch die Mörder von Gareis und anderen zu suchen sind, in München, dem Sitz der altdeutschen Mordzentrale.

Das erwachende bayerische Proletariat.

München, 27. August.

Die von den Münchner Gewerkschaften und Betriebsräten am Freitag, dem 26. August, abends, in den größten Sälen und Gärten Münchens veranstaltete Kundgebung gegen die Preistreiber der Agrarier nimmt sich noch viel tieferhaftiger aus, als der erste Eindruck vermittle. Die arbeitenden Massen ganz Münchens hatten sich auf die Beine gemacht, trotz der brutalen Antündigung des Münchner Polizeiterrores Böchner, mit allen Mitteln Straßen- und Kundgebungen zu unterdrücken. Abstreifend hieß die Hege der Rahrpresse und der Böchnerpolizei höchstens auf die Spielbühnen geachtet, die den ganzen Tag nervös in Erwartung der Dinge, die da kommen sollten, hin- und herjuchelten. Die Münchner Arbeiter, Angestellten und Beamten ließen sich nicht mehr durch die Drohungen eines Böchner und seiner bayerischen Staatsregierung einschüchtern, sie haben die Vollständigkeit der letzten zwei Jahre überstanden. Das niederdrückende Gefühl einer Niederlage durch die Vorkämpfer und einer verhängnisvollen Zerissenheit der eigenen Reihen ist geschwunden.

Was der äußere Anlaß der Demonstrationen und Versammlungen die kommende und bereits eingetretene Verteuerung aller Lebensmittel und ihr Zweck der Aufruf zu der großen Lohnbewegung, die eine weitere Verteuerung der Massen verhindern soll, so wurde die Demonstration des Münchner Proletariats durch die Drohungen und die Verteuerungen der bayerischen Behörden zu einer politischen Kundgebung, die sich nicht nur gegen die Wucherer der Großbauern richtete, sondern gegen die Antriebler der städtischen Volkswirtschaft durch eine Regierung für Schieber und Wucherer überhaupt. Es verlangten die demonstrierenden Arbeitermassen in den angenommenen Entschuldigungen die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Bayern.

Die bürgerliche und reaktionäre Presse Münchens kann angehts des Kleinausgebots der Münchner Volksmassen und ihrer musterhaften Ordnung und Disziplin nicht umhin, laune Meane zum bösen Spiel zu werden. Sie muß zugeben, daß die Demonstration der Münchner arbeitenden Massen vom letzten Freitag die größte seit dem 7. November 1918 gewesen ist. Die demokratische Sozialistische Presse schreibt, daß die Zahl der Teilnehmer mit 100 000 eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sei. Wenn die Rahrpresse schreibt, daß das Gerübe von dem angeblichen bayerischen Volkstreffen dadurch hinlänglich sei, daß die Versammlungen ungeschützt von Wühnern blieben, so heißt das schon auf die Dummen zählen die nicht alle werden. Angesichts der ungeheuren Menschenmassen blieb dem Aufgebot an Polizei, Schupo und Reichswehr gar nichts anderes übrig, als die Massen gewähren zu lassen, wenn man es nicht auf ein größliches Blutbad ansetzen wollte. Dann aber wurden die Polizisten durch den frühen Schluss der Versammlungen überfallen. Daher waren sie nicht auf dem Platz, als die Menschenmenge bereits in das Innere der Stadt strömte, wo man schnell Drahterhebe einrichtete, durch Panzerwagen die Straßen verbarriere und ein Aufgebot von bestreitenen Schutzleuten, mit Gummihäutchen ausgerüstete Schupoleute anrückten ließ. Dabei kam es zu Kellereien und zu Schlägereien, bei denen ein Mann getötet und ein anderer schwer verletzt wurde. Sonst verlief die nächtliche Demonstration, dank der gewerkschaftlichen Disziplin der Teilnehmer, ohne Zusammenstöße, trotzdem es die reaktionäre Presse nicht hatte an freien Provokationen fehlen lassen.

Mit dieser Kundgebung hat das Münchner Proletariat bewiesen, daß es wieder auf dem Posten ist, trotz der wahnwitzigsten Reaktionen, die das Volk durch fortgesetzte monarchistische und militaristische Demonstrationen herausgefordert und verhöhnt. Den Herrschenden wird nun ein Licht aufgehen, daß sie es mit ihren Vätern und Vätern nicht zu tun treiben und daß sie nicht glauben dürfen, vom bayerischen Proletariat ungeschützt zu sein, wenn sie ihre Verhöhnungen gegen die deutsche Republik und die Rechte der deutschen Arbeiterklasse anzustellen und sie in die Wirklichkeit umsetzen wollen.

Auch das Landproletariat beginnt in Bayern zu erwachen. In großen Demonstrationen werden es sich gegen die Klassenherrschaft einer Regierung, die das arbeitende Volk auf das schändlichste unterdrückt und den Wucher der Großbauern und der Agrarier überhaupt schlägt.

Eines hat die Kundgebung des Münchner Proletariats gezeigt: es geht wieder aufwärts, weg von der parteipolitischen Fäulnis, hin zur großen wirtschaftlichen und politischen Einheit des arbeitenden Volkes. Darum ist das Erwachen des bayerischen Arbeitervolkes ein Signal für die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Arbeiter gegen die Hakenkreuzler.

Wie in anderen Orten, so hatte auch in Halle a. S. der unter dem Namen „Stahlhelm“ auftretende Ilogennamie „Bund der Frontsoldaten“ durch eine große Demonstration für seine Zwecke Propaganda machen wollen. Als das in Halle bekannt wurde, war die hiesige Arbeiterklasse sofort auf dem Plan, um mit einer Gegen demonstration zu antworten. Das Gewerkschaftsamt bereitete unter Zustimmung der drei sozialistischen Parteien für Sonntag, den 26. August, alles vor, um die Massen zu einem wichtigen Gegenstoß heranzuführen. Von der Halleischen Polizeiverwaltung, die den Anzug des „Stahlhelms“ bereits genehmigt hatte, konnte die Demonstration der Arbeiterklasse nun nicht verboten werden, wenn sie nicht partiell erscheinen wollte. Das Gewerkschaftsamt hatte auch das Verbot abgelehnt, dafür zu sorgen, daß es nicht zu Zusammenstößen komme.

Da fielen die Schüsse auf Erzberger und die Erregung, die dadurch auch in die Arbeiterklasse von neuem hineingetragen wurde, ist wohl die Ursache, daß der Regierungskommissar der Provinz Sachsen, Herrling, am Sonnabendabend beide Kundgebungen, sowohl die des „Stahlhelms“ wie auch die der Arbeiterklasse auf Veranlassung der Reichsregierung verboten. Noch am Abend desselben Tages wurde dieses Verbot an den Anhängern öffentlich bekanntgemacht. Trotzdem strömten am Sonntagvormittag, an dem die Demonstration der Arbeiterklasse stattfinden sollte, große Massen zum Hofplatz, wo die Demonstration ihren Anfang nehmen sollte. Von hier wurden sie nun durch die aufgestellten Ordner nach dem Volkspark geleitet, wo an Stelle der verbotenen Straßenkundgebung eine große Versammlung stattfinden sollte. Etwa 5000 Personen füllten den großen Saal und den Garten dieses Establishments. Im großen Saal sprach dann namens des Gewerkschaftsamt der Arbeiterklasse der Arbeiterklasse Hesse (SPD.) und im Garten der Reichslandvolkshilfe Kemmerle (KPD.). Beide Redner wiesen auf die immer frecher auftretende Reaktion hin, auf den „Stahlhelm“, der unter der Maske einer unparteiischen Demonstration die Wiederkehr der Monarchie und die Forderung der Verfassung im reaktionären Sinne vorbereite und für seine Ziele auch Teile der Arbeiterklasse in seine Netze zu locken lerne. In einer Resolution wird die Entlassung der Drangsal gefordert und auf die endliche Erfüllung der nach dem Kampfbuch von den Spitzenorganisationen der Arbeiterklasse angedachten 8 Forderungen gedrungen. Damit fand die imposante Kundgebung ihr Ende. Versuche einzelner Kommunisten, die Massen trotz des Verbots in geistlosem Zuge auf die Straße zu bringen, wurden durch das Dazwischentreten des Gewerkschaftsamt verhindert. Da die Veranstalter des Vorklages selbst nicht den Mut aufbrachten, sich an die Spitze eines von ihnen gewählten Zuges zu stellen, so es gar nicht erst zur Aufstellung eines Zuges, und die Massen strömten ruhig ihren Wohnstätten zu. Nur eine kleine Gruppe meist jugendlicher begann sich nach einem Platz in der Nähe, wo ein Kleinerverein sein Sitzungslokal feierte. Dort kam es infolge dessen zu einer Prügelei, die aber beendet war, ehe die herbeigerufene Polizei noch eingreifen konnte.

Der „Stahlhelm“, dessen Anzug ebenfalls verboten war, mußte nun keine Rahmenschilde und „Tannenbergschilde“, ohne daß die Öffentlichkeit viel davon merkte, abwickeln unter sich benehen. Die Massen, die er als Teilnehmer und Zuschauer bei seiner Parade erwartete, blieben zum größten Teil weg. Es gelang ihm nur, etwa 2000 Männer, Frauen und Kinder auf die Beine zu bringen, die aus dem ganzen Gau Halle zusammengetrommelt waren, um „den wiederkehrenden nationalen Gedanken“ zu repräsentieren.

In ersterlicher Einmächtigkeit haben sich die Arbeiter auch an anderen Orten gegen die monarchistischen und militaristischen Veranlassungen der Hakenkreuzler gewendet. Darüber wird berichtet:

Königsberg, 26. August. (M.Z.) In Tilsit wurde am Sonntag der Heimatschutz ein Tannenbergschilde ab, während gleichzeitig die sozialistischen Parteien eine Kundgebung gegen Pretrawacher und Reichswehler veranstalteten. Von dieser Versammlung kommende Arbeiterzüge verließen den Tannenbergschilde zu durchbrechen, woran sie durch Schupoleute verhindert wurden. Später ereigneten sich jedoch Zusammenstöße zwischen sozialistischen Demonstrationen und Schupo, wobei es auf beiden Seiten eine Anzahl von Verletzten gab. Die Gewerkschaften verurteilten infolge der Vorgänge den allgemeinen Zustand.

Magdeburg, 26. August. (M.Z.) Eine vom Verein für das Deutschtum im Auslande in Neuhaldensleben für Sonntag abend einberufene Versammlung, in der General v. Leitensdorff über den Teilung in Ostafrika sprechen sollte, wurde von den Anhängern der Einpartei verhinert. Die hatten bereits längere Zeit vor Beginn der Versammlung in Hunderten den Saal besetzt. Da sich vor dem Versammlungsorte eine große Menschenmenge eine drohende Haltung annahm, so daß Zusammenstöße zu befürchten waren, wurde die Versammlung abgeblasen. Erst nach langer Zeit trat wieder Ruhe ein.

Magdeburg, 26. August. (M.Z.) Aus Wustrow ist bei Schupo ein Verbot: Bei einer Rahmenschilde des hiesigen Stahlhelms, an der sich mehrere andre Stahlhelmschilde befanden, wurden die Teilnehmer von einer Anzahl Kommunisten angegriffen. Aus einem Hause fielen Schüsse, durch die mehrere Personen verwundet wurden. Ein Veteran von 1870/71, der ebenfalls verwundet wurde, ist bald darauf seinen Verletzungen erlegen.

Sachsenstadt, 26. August. (M.Z.) Gelesenlich eines Regiments der ehemaligen VII. (Sonder-)Kavallerie kam es zu schweren kommunistischen Ausschreitungen. Den Anlaß hierzu soll eine von einem Obersten gehaltenen Rede gewesen haben. Am die Mittagszeit, als nur vereinzelte Personen im Hofplatz anwesend waren, erschienen etwa 200 Kommunisten und riefen eine große Versammlung an. Die Schupoleute wurden vertrieben.

Neue Zusammenstöße in Jüterbock.

Jüterbock, 26. August. (M.Z.) Wie das Tageblatt berichtet kam es gestern abend vor dem Rathaus wiederum zu Zusammenstößen, wobei Steine geworfen wurden. Die Schupo ordnete die Menge; acht Personen erlitten Verletzungen. Da die Stadtverordnetenversammlung sämtliche Forderungen der streikenden Arbeiter ablehnte, geht der Generalstreik weiter. Die Bürgerwehr befindet sich im Abwehrzustand. Die lebenswichtigen Betriebe sind in Tätigkeit.

Sie werden immer frecher.

Der Verband nationaler Soldaten richtet in der nationalsozialistischen Presse an die Regierung folgende Aufforderung: „Die nationalsozialistische Bewegung der Frontsoldaten gegen alle vaterländisch gefühlten Kreise findet ihren Höhepunkt in den abgehenden Anrufen zu MassenDemonstrationen am Mittwoch. Die Soldaten sind nicht abzulenken. Der Verband nationaler Soldaten“ mit seinen vielen tausend Mitgliedern in Groß-Preußen lehnt jede Verantwortung für Untertreibungen und Bürgerkrieg ab

und fordert von der Reichsregierung An Interesse des inneren Friedens mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Demonstration zu unterbinden. Der über den Parteien stehende Verbund (!) erwartet das Heil nicht von der Strafe, sondern von der inneren Befriedung des Volkes, die aber durch eine derartige Verhöhnung unmöglich gemacht wird.“

Wird sich also die Arbeiterklasse, die allzulange dem provokatorischen Anführen der Hakenkreuzler zugehört hat, jetzt zur Abwehr der antirepublikanischen Demonstrationen und Vorstöße aufrafft, fordert diese freie Gesellschaft, daß die republikanische Regierung, gegen die sich die Kundgebung in erster Linie richtete, gegen die Arbeiter einschreiten soll. Dabei drohen sie ganz offen mit Bürgerkrieg und Untertreibung. Wir erwarten von der Regierung, daß sie den „Nationalsozialisten“ eine Antwort gibt, die an Deutlichkeit nach keiner Richtung hin etwas zu wünschen übrigläßt.

Gewaltige Demonstration des Braunschweiger Proletariats.

Braunschweig, 31. August. (M.Z.) Die gesamte Arbeiterklasse und ein Teil der staatlichen, rächtlichen und Polizeibeamten veranstalteten Dienstanachmittag eine wichtige Demonstration unter der Devise: „Gegen den Lebensmittelwucher, gegen politischen Wucher und für die sozialistische Republik“. Am zwei Uhr wurden alle Betriebe, Lebensmittelgeschäfte und viele sonstige Geschäfte und öffentliche Plätze in der Stadt geschlossen, sowie der Straßenbahnverkehr eingestellt. Begleitet von sehr zahlreichen Schülern mit Ausschritten bewachte sich ein gewaltiger Demonstrationstrupp von 20-30 000 Mann durch die Hauptstraßen der Stadt. In Ausschreitungen ist es nirgends gekommen.

Ein Schlag gegen den Genossen Dertter.

Ausschreitungen kommunistischer Jungburchen.

Aus Braunschweig wird gemeldet: Die sozialistischen Minister Stolbrocker, Antick und Dertter hatten sich nach der Wagnisfabrik in Delligsen begeben, um eine Einigung zwischen den Fabrikleitern und den Arbeitern herbeizuführen. Die Versammlung wurde jedoch durch Kommunisten gewaltig unterbrochen. Darauf begaben sich die Minister nach Delligsen, um in einer Wirtschaft des Mittagsessen einzunehmen. Als es vor der Wirtschaft erneut zu Unruhen kam, versuchte der MSP-Minister Dertter durch eine Ansprache die Menge zu beruhigen. Darauf erhielt er mit einem Stoß einen Schlag über den Kopf, so daß er eine stark blutende Wunde davontrug. Er mußte sich infolgedessen in ärztliche Behandlung begeben.

Berlin, 31. August. (Eigene Drahtmeldung der L. B.)

Zu dem Anschlag auf Genossen Dertter, den braunschweigischen Innenminister, wird der Böltischen Zeitung aus Braunschweig berichtet: Man hatte in Delligsen einen Gasgen errichtet, an den von der Bevölkerung solche Leute geführt wurden, die des Wuchers und des Preistreibens verdächtig sind. Sie mußten unter dem Gasgen ihre Sünden bekennen, Besserung geloben und eine rote Fahne schwelten. Während die Minister beim Mittagessen saßen, ging eine solche Exekution vor sich. Ein Landwirt wurde zum Gasgen geführt. Als er aber dort erklärte, er habe nie Wucher getrieben und werde auch in Zukunft niemals wucher treiben, ließ man ihn frei. Nun begab sich ein Teil der an der Exekution beteiligten Menge, zum Teil junge Leute, vor das Hotel, wo die Minister saßen und verlangten, daß auch der Wirt dieser Wirtschaft an den Gasgen geführt werde. Dieser suchte zu entweichen und wurde von einem jungen Mann verfolgt. Nun erschien Minister Dertter und brängte sich zwischen den Wirt und seinen Verfolger, um ihn vor seinem Verfolger zu schützen. Als Dertter einen jungen Wirtchen, der ihn tödlich angreifen wollte, abwehrte, erhielt er einen Schlag über den Kopf, der eine heftig blutende Verletzung zur Folge hatte. Vor dem Hause gelang es Minister Antick, die Menge zu beruhigen. Diese bestand zum großen Teil aus jungen Burschen, die den Sowjetstern trugen.

Zum Mord an Erzberger.

Deutsche Volkspartei und politischer Meuchelmord.

Die Deutsche Volkspartei Sachsens läßt eine Kundgebung los, worin sie sich gegen den Vorwurf wehrt, „daß sie durch maßlos hohe gegen die Republik und gegen die Verfassung das Treiben politischer Meuchelmörder begünstige.“ Sie habe sich sogar bereit erklärt, im Rahmen der geltenden Verfassung am Wiederanbau Deutschlands mitzuarbeiten. Jedes Wort ist eine Unwahrscheinlichkeit. Was sich die völksparteilichen Blätter seit der Wahl im Juni 1920 an Berührungspunkte der Republik und der Republikaner geleistet haben, steht ebenfalls neben den Leistungen der deutschnationalen Blätter. Und da wart es die Deutsche Volkspartei, davon zu reden, sie habe den Terror und den Sauerherdentum, den sie so kräftig kultivierte, aufs nachdrücklichste bekämpft. Wenn sich die Partei gegen die Demonstrationen der Arbeiterklasse wendet, so spricht daraus nur das böse Gewissen und die Furcht vor der Abrechnung.

Die Wirkung im Auslande.

London, 29. August. (M.Z.) Die Times kommentieren erneut die Ermordung Erzbergers und schreiben: Obwohl der Oberste Rat der Ansicht war, daß die wirtschaftlichen Sanktionen angeheben werden dürften, können die militärischen Treiber in Deutschland erneut starke Zweifel bei den Ententemächten erwecken. Es ist im Augenblick darum zu tun, welche Zusammenhänge mit dem Meuchelmord jetzt in der deutschen Politik bestehen und es liegt im Interesse Deutschlands selbst, mit größter Energie alles zu richten, was an der Arbeit ist, was die ganze Welt in den Krieg hineingezogen hat.

Und dann sagt sie weiter:

Trotz der Milderung der wirtschaftlichen Sanktionen seien die Ursachen der inneren Unruhen in Deutschland nicht beseitigt worden. Die Militaristen und Kommunisten bereiten sich unbehindert durch ihre bisherigen Mißerfolge, auf eine neue Welle vor. Es sei möglich, daß die Aussicht auf Bürgerkrieg plötzlich durch die Ermordung Erzbergers ausgetauscht sei und eine ernstlichere Wirkung auf alle Parteien haben werde. Die Regierung müsse jedoch viel energiegeladere Maßnahmen ergreifen als bisher, um die Wiederholung solcher Verbrechen unmöglich zu machen. Die dauernde Tätigkeit der deutschen Militaristen führe nur dazu, daß in den Ententeländern die Zweifel bezüglich der Kontinuität der angeblich deutschen Politik weiter beständen. Es sei im höchsten Maße dringlich, daß die deutsche Regierung mit größter Energie, alle Erinnerungen an das System auszuschließen, das die Welt in die furchtbare Katastrophe des Krieges gezwungen habe. In der Zwischenzeit müssen die Militaristen wachsam sein.“

Der Oberper schreibt, die Alliierten würden gut tun, die Schwierigkeiten der neuen deutschen Demokratie in Betracht zu ziehen; es könne immer noch sein, daß das Gefühl des Abscheues und der Beunruhigung, das als Folge der Ermordung Erzbergers in Deutschland ausgekommen sei, der Regierung nicht zum Vorteil gereichen werde, etwa wie der Rapp-Bußch der deutschen parlamentarischen Regierung eine feste Stütze verliehen habe.

Die Spur der Täter.

Dresden, 29. August. Zu dem Voranschlag auf Erzberger erhält die Dresdener Zeitung von zuverlässiger Seite noch folgende Mitteilungen: Die beiden Täter gingen in einem so geringen Abstand hinter den beiden Abgeordneten her, daß man sie allgemein für ihre Söhne hielt.

Es wird berichtet, daß die beiden Täter wiederholt im Vorbeigehen die Zimmer des Abgeordneten Erzberger beobachteten. Das wurde auch unmittelbar, bevor sie am Freitag morgen in den Wald gingen, gesehen. Nach der Tat stüchteten sie in der Richtung nach dem Aniebis und fragten den Straßenwärt nach der Wegrichtung. Die angelegten Postzeichen verfolgten die Spur der Täter ebenfalls, so daß die Nachforschung feststeht. Das ganze Aniebisgebiet ist von Gendarmerte umstellt.

Die ober-schlesische Frage vor dem Völkerbundsrat.

Genf, 29. August. (W.Z.) Der Völkerbund trat heute nachmittags zu seiner ersten Sitzung zusammen. Sämtliche Staatsmitglieder waren anwesend, die vier ständigen, Sibirien, Japan, Valfour-England, Bourgeois-Frankreich und Imperial-Italien, sowie die vier nichtständigen Wellington, Koo-China, Ruinones de Leon-Spanien, da Cunha-Brasilien und Symans-Belgien. Der Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond und zahlreiche Beamte nahmen an der Sitzung teil, die, wie fast alle Völkerbundssitzungen, nicht öffentlich war. Sibirien präsidierte und verlas seinen Bericht über die ober-schlesische Frage. Um 8 Uhr abends wurde vom Generalsekretariat des Völkerbundes ein Bericht ausgegeben, der bereits von Paris aus veröffentlicht worden ist.

Paris, 29. August. Ähnlich wird aus Genf gemeldet: Der Völkerbund hat beschlossen, die ihm vom Obersten Rat anvertraute Aufgabe zu übernehmen. Die Entscheidung wurde sofort telegraphisch Ministerpräsident Briand als Präsident des Obersten Rates mitgeteilt. Die nächste Sitzung des Völkerbundsrats findet am Donnerstag, dem 1. September, statt.

Aus den Verhandlungen wurde bekannt, daß Briand dem Grafen Nishi in einer Note vom 24. August mitgeteilt habe, daß sich in der Sitzung des Obersten Rates vom 12. August jede der im Obersten Rat vertretenen Regierungen im Laufe der Beratungen seleristisch verpflichtet habe, die Lösung, die durch den Völkerbund empfohlen werde, anzunehmen.

Nishis Bericht über Oberschlesien.

Genf, 30. August. (W.Z.) Der Bericht, den der Präsident des Völkerbundsrats Nishi nachmittags in der Sitzung über die ober-schlesische Frage verlas, erinnert zunächst an die Texte, die sich der Rat stützen muß, wenn er die ihm angebotene Aufgabe übernimmt, nämlich Artikel 12 § 2 der Völkerbundsatzung, wonach jedes Mitglied das Recht hat, die Aufmerksamkeit der Versammlung auf jeden Umstand zu lenken, der geeignet ist, internationale Beziehungen zu trüben oder den Frieden und das gute Einverständnis zwischen den Nationen zu stören. Die jüngsten Unruhen in Oberschlesien bewiesen, daß die Regelung im Interesse des Friedens und des guten Einverständnisses zwischen den Nationen dringend notwendig ist. Des weiteren stützt sich Nishi auf den Brief Briands vom 12. August, der einen Vorschlag über die Lösung, die die alliierten und assoziierten Mächte treffen sollten, verlangt, und endlich auf Artikel 87 und 88 des Versailler Vertrags, wonach die alliierten und assoziierten Mächte das Recht haben, einen endgültigen Beschluß über die deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien zu fassen. Die Aufgabe des Rats besteht allein darin, den im Obersten Rat vertretenen Mächten einen Vorschlag zu machen, die Mächte selbst aber haben allein einen endgültigen Beschluß zu treffen. — Im Anschluß daran teilte Nishi mit, daß Briand am 24. August in einer Note an den Präsidenten des Völkerbundsrats erklärt habe, daß jede im Obersten Rat vertretene Regierung sich seleristisch verpflichtet habe, die vom Völkerbundrat empfohlene Lösung anzunehmen. Unter diesen Umständen, so erklärte Nishi, hat der Rat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die ihm übertragenen Aufgabe anzunehmen. Nishi prüfte darauf die Frage, ob es sich um eine Entscheidung über das Schicksal des gesamten ober-schlesischen Gebiets oder um die Aufstellung einer Grenze handle und kam an Hand des Vertrags zu dem Schluß, daß es sich um die Aufstellung einer Grenze handle.

Der Bericht untersucht dann das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien, das — wie es wörtlich heißt — leider nicht derart ist, daß es die Aufstellung einer Grenze gestattet, die den Wünschen der Bevölkerung entspricht. Auch sollte die geographische und wirtschaftliche Lage der Distrikte keine Entscheidung über die Grenze zu. Die Abstimmung habe gezeigt, daß sich im allgemeinen in den nördlichen Grenzbezirken, vor allem in den landwirtschaftlichen Gebieten, eine große Mehrheit für Deutschland ergeben hat, während in andern Gegenden, im Süden, die Mehrheit der Stimmen den Polen zugefallen ist. Im Zentrum und im Osten sei in ausgedehnten Gebieten das Ergebnis sehr verwirrt. In den Gebieten der metallurgischen und der chemischen Industrien und der Kohlen-, Zink- und Eisenerzminen habe sich die Mehrheit der Gebiete für Polen ausgesprochen, aber in den wichtigsten Städten habe Deutschland eine bedeutende Mehrheit erhalten. Diese Städte seien aber von Gemeinden mit polnischer Mehrheit umgeben und von gewissen unentbehrlichen Rohstoffen und mehr oder weniger entfernten Landbezirken abhängig. Sie seien an der äußersten Grenze Oberschlesiens gelegen. Allerdings seien die dazwischen liegenden Bezirke schwach bevölkert. Nishi betonte noch, daß er diese Tatsache nur erwähne, um die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten zu kennzeichnen. Der Rat dürfe seine Aufmerksamkeit nicht ausschließlich dem einen oder andern Teil des Gebiets schenken, da die ober-schlesische Frage in ihrer Gesamtheit vor dem Gerichtshof aufgerollt werden müsse. — Nishi forderte zum Schluß den Rat auf, nach Annahme der Aufgabe sich über das einzuschlagende Verfahren zu äußern.

Vier Selbstschutzeule ermordet.

Dels, 31. August. (T. U.) Am Dienstag wurden in früher Morgenstunden auf der Chaussee zwischen Reute und Rohrau die Leichen von vier Selbstschutzeulmannschaften aufgefunden. Die Leichen wiesen Schuß- und Schlagwunden auf. Beamte der Delsler Kriminalpolizei haben sich sofort an den Tatort begeben. Sie haben auch die Hilfe von Sicherheitspolizei erbeten. Es besteht die Vermutung, daß als Mörder Polen in Frage kommen. Die Verantwortlichkeiten der beiden Ermordeten sind noch nicht festgestellt.

Das Abkommen von Wiesbaden.

Am 11. wird berichtet: Die Verhandlungen zwischen den Ministern Rathenau und Loucheur haben den größten Teil des Sonnabends in Anspruch genommen und sind erst am späten Abend beendet worden. Sie wurden zum Teil zwischen den beiden Ministern persönlich, zum Teil unter Beteiligung der Referenten geführt, die sich zwischendurch zu mehreren Sonder-

sitzungen zusammenfanden. Die Verhandlungen sind am Abend zu einem grundsätzlichen Abschluß gelangt. Das Hauptabkommen mit dem zugehörigen Annex bezieht sich auf die Sachleistungen für den Wiederaufbau und deren Finanzierung. Beide Dokumente wurden seleriggestellt und vorgelesen. Die Zusammenfassung der beiderseitigen Regierungen paraphrasiert. Auch die Zustimmung der Reparationskommission ist vorbehalten geblieben. Die vier Nebenabkommen, welche die Restitution von industriellem Material, von rohlendem Material, die Lieferung und Restitution von Vieh sowie den Kostenersatz betreffen und die mit dem Hauptabkommen nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen, bleiben weiterer Verhandlung vorbehalten, da wesentliche Unterlagen noch der Prüfung bedürfen, für welche erschöpfendes Material nicht zur Stelle war. Die beiden Minister werden im Laufe des Abends und des nächsten Morgens Wiesbaden verlassen.

Der Entwurf des Abkommens.

Der Pariser Temps bringt einen ausführlichen Bericht über den Entwurf des Abkommens, der bei den Wiesbadener Beratungen besprochen wird und der seit der letzten Zusammenkunft zwischen Rathenau und Loucheur von den Sachverständigen ausgearbeitet worden ist. Der Entwurf besteht aus zwei Teilen: 1. einer Reihe von Vertragsentwürfen, 2. einer Reihe von Entwürfen von Fortsätzen. Die Vertragsentwürfe sehen die Modalitäten der Reparationen in natura für jede große Kategorie fest: Materiallieferungen, Kohlenlieferungen, die anzuwendenden Preise, die Kompensationen der französischen Zugschiffahrtverluste und die deutschen Viehlieferungen. Der letzte Teil regelt die Einfuhr französischer Erzeugnisse nach Deutschland und die Kontingentierung dieser Einfuhr. Der zweite Teil über die Schaffung von Fortsätzen umfaßt drei Teile: Industriematerial, rohlendes Eisenbahnmateriale und Viehlieferungen. Für Viehlieferungen in natura wird eine deutsche Privatgesellschaft gegründet, die sich verpflichtet, vom 1. Oktober 1921 an alle von den Bewohnern verwüsteter Gebiete verlangten Lieferungen durchzuführen, soweit diese mit den Möglichkeiten deutscher Produktion vereinbar sind. Diese Lieferungen dürfen für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis zum 1. Mai 1925 sieben Milliarden Goldmark nicht überschreiten. Für Bezahlung der Lieferungen bietet Deutschland Frankreich Kredite an. Frankreich zahlt jährlich nur eine Milliarde Goldmark, ganz gleich, wie groß die deutschen Lieferungen sind. Zur Regelung der Streitigkeiten, zur Festlegung der Preise usw. wird eine besondere Kommission eingeleitet, die aus einem französischen und einem deutschen Delegierten, die von den betreffenden Regierungen auf Vorschlag der Bewohner der verwüsteten Gebiete und deutscher Privatgesellschaften ernannt werden, und einem dritten Delegierten besteht, über den sich beide Regierungen gemeinschaftlich einigen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so würde dieser Delegierte durch die Reparationskommission ernannt werden. Die Kosten dieser Kommission bezahlt die deutsche Gesellschaft. Sie werden aber zur Hälfte den französischen Verbänden zur Last geschrieben.

Industriematerial: Der Preis des in Betracht kommenden Industriematerials wird von der Kommission bestimmt, die zuerst den Gegenwert des französischen Vorkriegspreises in Goldmark feststellt. Am Ende von je drei Monaten wird dann ein Faktor festgesetzt, der nach der Art und der Qualität der Erzeugnisse berechnet wird. Die Preise für Spezialmaterial — Maschinen oder industrielle Einrichtungen — werden von beiden Parteien direkt vereinbart.

Kohlenlieferungen: Es werden Spezialdispositionen, betreffend die über nicht deutsche Häfen durchzuführenden Kohlenlieferungen, getroffen. Die Preise sind die, die die deutschen Energieverbraucher bezahlen. Deutschland kann jedes Quantum Kohle ausführen unter der Bedingung, daß es den speziellen Lieferungen des Annex 3, wie es die Reparationskommission festgelegt hat, nachkommt. Es kann auch alle in dem Programm der Reparationskommission stehenden Kohlenquantitäten exportieren, auf die das Land, dem die Kohlen ausfahren, etwa verzichtet würde. In beiden Fällen zahlt Deutschland der Reparationskommission den Gegenwert der exportierten Kohlen, berechnet nach dem deutschen Inlandspreis ab Grube. Die alliierten Mächte verpflichten sich, die von Deutschland gelieferte Kohle nur für ihre eigenen Bedürfnisse und für die ihrer Kolonien und Protektorate zu benutzen. Deutschland wird für die Vorkriegsverträge, die die französische Regierung aufrechterhalten hat, höchstens 150 000 Tonnen monatlich zur Verfügung stellen. Das Amt der in den verwüsteten Zentren liegenden Kohlengruben, das im Namen der französischen Regierung handelt, und das Rheinisch-Westfälische Kohlenindustriat, das im Namen der deutschen Regierung handelt, werden den Transport der Reparationskohlen, der auf dem Rhein erfolgen soll, regeln. Das französische Amt teilt am 15. jeden Monats dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustriat die Tonnage mit, welche es sich im darauf folgenden Monat abtransportieren verpflichtet, und wird dabei grundsätzlich nur französischen Eigentümern gehörende Schiffe benutzen. Die Schiffe des französischen Amtes und des Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustriats sind auf vollkommene Sicherheit zu versichern. Viehlieferungen: Nach Annex IV Teil VIII des Versailler Vertrages ist Deutschland Frankreich noch ungefähr 35 000 Pferde oder Stuten schuldig. Nach dem Entwurf liefert es nur noch 12 500 Pferde und 500 Stuten. Außerdem erklärt sich Frankreich bereit, durch die 1700 Tiere, die im Jahre 1920 beschlagnahmt geliefert wurden, die 575 schweren Aufzuchtstiere, die Deutschland noch schuldig war, auszugleichen. Die Kosten für die französischen Missionen, die das zu liefernde Vieh ausfinden, bleiben weiter zu Lasten Deutschlands. Ein Siebentel der Kosten der Viehlieferungskommission wird indessen Deutschland aufgeschlagen.

Einfuhr nach Deutschland: Deutschland läßt Rohmaterialien und Halbfabrikate, die in einer besonderen Liste aufgeführt werden, zur freien Einfuhr zu. In einer andern Liste werden von Deutschland für gewisse Erzeugnisse Einfuhrkontingente beschreibbar Herkunft festgesetzt. Auf einer dritten Liste verzeichnet Deutschland einen Prozentsatz von verbotenen Erzeugnissen französischer Herkunft, der nach Deutschland eingeführt werden darf.

Vorsatz-Abmachungen.

Industriematerial: Unter Vorbehalt der Zustimmung der Reparationskommission wird ausgemacht, daß zwei Monate nach Unterzeichnung des Abkommens die Materiallieferungen von Industriematerialien aufhören. Nach Ablauf dieser Frist bleibt Deutschland Besitzer des Materials, das sich auf seinem Gebiete noch befindet. Statt dessen liefert Deutschland in den nächsten acht Monaten 120 000 Tonnen Industriematerial, das sich Frankreich aus den Beständen der deutschen Regierung ausleiht. Das Material wird bis zur Grenze auf Kosten Deutschlands geliefert. Frankreich trägt die Restkosten. Außerdem erkennt Deutschland an, daß es Frankreich 155 Millionen Goldmark, die mit 5 Prozent verzinst sind, schuldig ist. Diese Summe benutzt Frankreich zu Restleistungen, die vor dem 31. Dezember 1925 beendet sein müssen. Die Gesamtheit der Restleistungen wird unter die verschiedenen deutschen Industrien aufgeteilt. Das seit dem 1. Mai 1921 zurückgelassene Material wird dem Gewichte nach um 120 000 Tonnen überschätzt, die Deutschland sich zu liefern verpflichtet unter der Bedingung, daß die Restleistung seit dem 1. Mai 1920 erfolgt ist.

Rohlendes Material: Die Suche nach Lokomotiven, die von französischen Eisenbahnen beschlagnahmt wurden, wird von der deutschen Regierung in Deutschland fortgesetzt. Außerdem erlaubt Deutschland an Frankreich ununterbrochen 2000 Rippwagen, 2000 Motormotoren und 500 Haube Motoren. Dasselbe gestattet Frankreich auf eine Kontingentierung für die nicht zurückgelassenen Lokomotiven. Viehlieferungen: Das Vieh, das Deutschland aus den verwüsteten Gebieten annehmen hat und das es nach Art. 238 schenkt, wird von Frankreich nicht mehr verlangt. Dasselbe liefert Deutschland als Fortsatz 62 000 Pferde, 25 000 Kühe, 25 000 Schafe und 20 000 Meerkatzen. Diese Kohlen entsprechen genau der Lieferungsverpflichtung Deutschlands aus dem Baraankonvention über die Niedererhaltung. Der Temps bemerkt hier, daß Frankreich daneben auf die Viehlieferungen vollständig verzichtet, die Deutschland nach aus den Reparationsverpflichtungen schuldig ist, und zwar un-

gefährlich 320 000 Kühe, 220 000 Schafe, 800 000 Stück Geflügel, 2 Millionen Rechkühe, Ziegen, Schweine usw. und 60 000 Wiener Mäuse.

Der Temps meint, man werde, wenn man das Abkommen prüft, finden, daß Loucheur Deutschland in gewissen Punkten zu sehr nachgegeben habe, aber die Wahrheit erfordere es zu sagen, daß man auch das Gegenteil behaupten könne.

* Gesamtabmachungen über von Deutschland entführtes Material, Vieh usw.

Stämpfe am Westungarn.

Wiener-Neustadt, 28. August. (Korr.-Bureau.) Nach hier eingehenden privaten Meldungen ist die Umgebung von Oedenburg von bewaffneten ungarischen Abteilungen besetzt. Noch in Graz vorliegenden Meldungen sieht österreichische Gendarmerte beim Einmarsch in Westungarn auf bewaffneten Widerstand und trat, entsprechend den Weisungen der Ententeoffiziere den Rückmarsch an die Landesgrenze an. Vor Puntafeld eröffnete ein 120 Mann starkes ungarisches Militärabteilament auf die vorrückende österreichische Gendarmerteabteilung das Feuer. Der Kommandant der Abteilung wurde durch einen Oberschlesier verwundet. Auf ungarischer Seite sollen 2 Mann tot und 7 verwundet sein. Die Höhen von Puntafeld sind beiderseits besetzt. Gegen die österreichische bei Burgauberg zu gleicher Zeit vorrückende Gendarmerte wurde eine Handgranate geschleudert und von den Ungarn aus etwa 3-4 Maschinengewehren geschossen. Der Kommandant der Gendarmerteabteilung wurde durch einen Haischuh schwer verletzt, zwei Gendarmen wurden ebenfalls durch Schüsse verletzt. Nach einer weiteren Meldung ist die aus 32 Mann bestehende Gendarmerteabteilung wieder in Westungarn eingedrückt, indem Ententeoffiziere voranzogen. Das Ziel der Kolonne ist Stegersbach und Gilling.

Wien, 29. August. Die Morgenblätter bringen weitere Einzelheiten über den bewaffneten Widerstand der Ungarn gegen die in Westungarn einmarschierende österreichische Gendarmerte. Sie machen der ungarischen Regierung den Vorwurf der Hinterhältigkeit, da hier zweifellos eine planmäßige, wohl vorbereitete Handlung vorliege, die von der ungarischen Regierung gestiftet werde. Die Blätter sehen die Lage als sehr ernst an und erwarten, daß die Entente dafür Sorge tragen wird, daß die Ungarn ihren Verpflichtungen nachkommen. Es sei selbstverständlich, daß unter solchen Umständen an Verhandlungen mit Ungarn, wie sie gestern im Ausschuss für Neuverträge vorgeschlagen wurden, nicht zu denken sei, da die Vorbedingungen zu diesen Verhandlungen die anstandslose Räumung Westungarns gewesen wäre. Auch im Wiener Auswärtigen Amt sei man, wie die Montagzeitung meldet, der Ansicht, daß hier nicht nur eine offenkundige Verletzung des Friedensvertrags, sondern auch des Abkommens über die Räumung vorliege, das eine Zwischenzone nicht kenne.

Die österreichische Auffassung.

Wien, 29. August. (Korr.-Bureau.) Die in einer Budapest offiziell kundgebene zutragende gezeichnete Auffassung der ungarischen Regierung, wonach sie berechtigt sei, Teile des westungarischen Gebiets als eine Art Pfand für die von ihr erhobenen finanziellen Ansprüche weiter besetzt zu halten und danach das westungarische Gebiet in zwei Zonen zu teilen, in denen einer die Räumung vorläufig noch in der Schwebe gelassen werde, wird von der politischen Korrespondenz als der durch die Friedensverträge und durch die wiederholten Entscheidungen der Ententeoffiziere gegebenen internationalen Rechtslage in keiner Weise entsprechend bezeichnet. In keiner der diesbezüglichen Entscheidungen, auch nicht von der ungarischen Regierung selbst, war die Uebergabe des Burgenlandes abhängig gemacht von der vorherigen Erfüllung einzelner, übrigens noch erst zu beweisender Entschädigungsansprüche. Es kann sich also nur um einen Wortstreit handeln, den die ungarische Regierung im entscheidenden Augenblick in den Vordergrund stellt, um ihr ihr neuerliches Ausweichen eine Grundlage zu konstruieren. Die österreichische Regierung, die am 27. August vom auswärtigen Ausschuss wieder ermächtigt wurde, nach der ungestörten Uebergabe des Burgenlandes mit Ungarn in Unterhandlungen einzutreten, kann den Standpunkt der ungarischen Regierung unmöglich teilen und unternahm dementsprechend bereits die nötigen Schritte zur Wahrung der Rechte und Interessen Oesterreichs.

Die Salkung der Alliierten.

Wien, 30. August. Die politische Korrespondenz schreibt: Der französische Gesandte, der englische und italienische Geschäftsträger haben heute bei dem Bundeskanzler vorgeschlagen und ihm in der Frage der Verwendung der Wehrmacht geraten, sich genauere auf die Bestimmungen des Uebergabebestimmens und an die Weisungen der interalliierten Generalkommission zu halten. Die Entscheidung der Reichsministerkonferenz steht jetzt unmittelbar bevor. Oesterreich müßte keine bisherige Kluge und vorsichtige Haltung bewahren und alles vermeiden, was eine gegenwärtige angelegte der Haltung Ungarns außerordentlich schwierige Lage zu gefährden geeignet wäre.

Wiener-Neustadt, 30. August. Mehrere Formationen des Bundesheeres gehen an die bisherige Grenze Westungarns ab, um gegebenenfalls die Gendarmerteabteilungen zu ersetzen zu können.

Verhandlungen über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen?

Newyork, 31. August. (T. U.) Newyork Herald meldet aus Washington, es fänden schon Besprechungen zwischen den Vertretern der Alliierten und den Vertretern der Amerikaner über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen am Rhein statt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Walter Freitag in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Bille, Vordorf-Leipzig.

Druck u. Verlag Leipzig: Rudolph-Verlagsgesellschaft, Leipzig.

Spurlos verschwunden.

Sind alle Hautunreinigkeiten u. Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Pusteln, Pickeln, Gesichtsröte, Rötchen usw. durch den Gebrauch der allein echten **Stedenpferd-Teerschwefel-Seife** von Bergmann & Co., Radoboul. Überall zu haben.

DUNLOP

Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

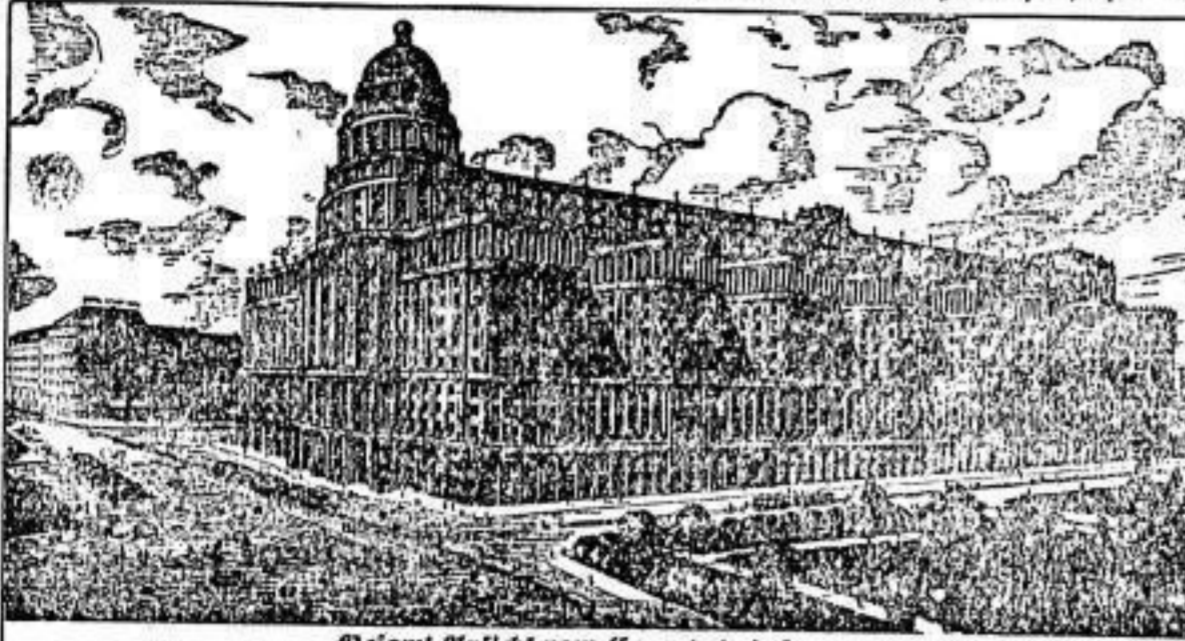
Aufruf

zur Schöpfung von mehr als 30 000 neuer Existenzen und dauernder Riesen-Einnahmen

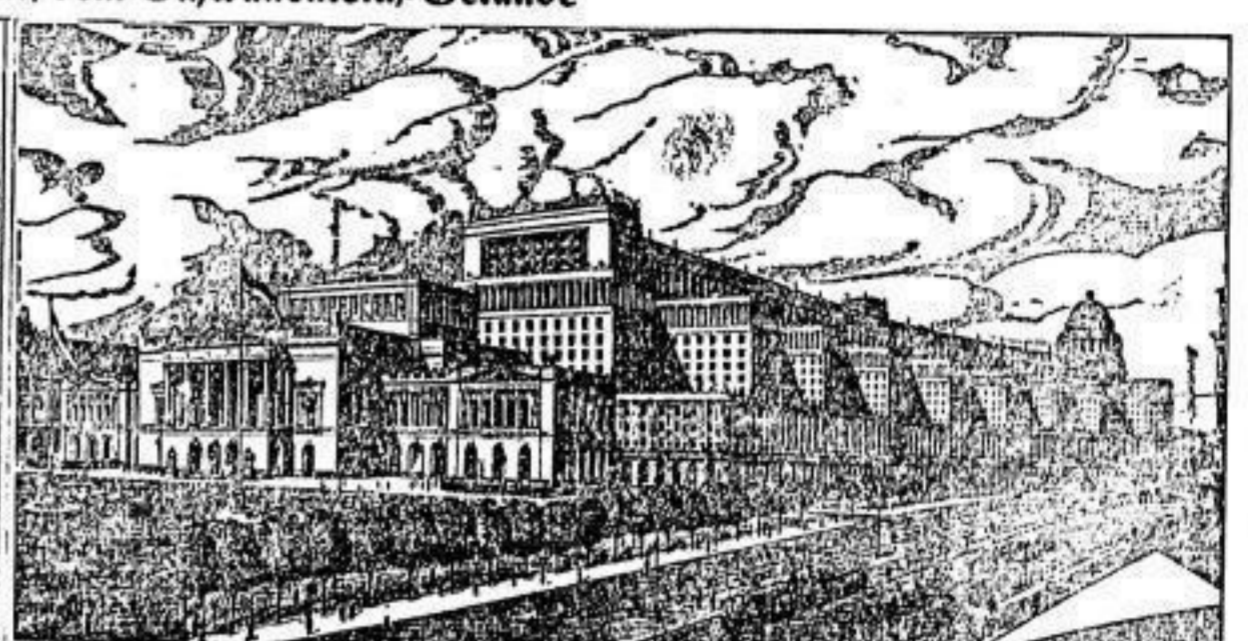
durch die sofortige Genehmigung zum Bau dieses

Internationalen Zentral-Welt-Handels- u. Welt-Messe-Palastes in Leipzig

direkt am Hauptbahnhof — auf dem Schwanenteich-Gelände



Gesamt-Ansicht vom Hauptbahnhof aus.



Gesamt-Ansicht vom Augustusplatz aus.

Für ca. 20 000 Aussteller aller Branchen, bzw. außerhalb der Messen:
für 1000 Geschäftsläden, 4000 Bureau Räume.
2000 Hotel- und Badezimmer, je 2 Börsen-, Konferenz-, Kino-, Theater- und
Gesell-Säle, 64 Vereins-Salons.
500 Auto-Garagen mit Ausstellung, 25 000 qm Sport- und Erholungs-Terrassen,
Schwimmbassins, Restaurants, Cafés usw.
Ca. 40 000 qm Engros-Warshallen, Kühlräume und Waren-Speicher, 54 größte
Fahrstühle, 2 Waggon-Vastaufzüge.

Eigene Licht- und Kräfteanlagen, Zentralheizung usw.
Bauzeitiges Gelände mit Anschluss für Untergrund-Bahnhof: ca. 32 500 qm.
Bebaute Fläche: rund 25 000 qm, in 16 Stockwerken.
Ca. 225 000 qm vermietbare Räume, hiervon ca. 120 000 qm Bodenfläche, nebst
22 000 qm m. Messständen und ca. 100 000 qm Wand- und Deckenflächen für
die Muster-Messen und Sonder-Ausstellungen reserviert.
Baukosten: rund 1 Milliarde Mark.
Bauzeit: ca. 2 Jahre in 3 Tageschichten.

Der glücklichste Wendepunkt in der Geschichte der Welt-Messe-Stadt Leipzig

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen von Leipzig, von Deutsch-
land und von der ganzen Welt, obiger gigantischer Welt-
Handels- und Welt-Messe-Palast wird als bald ge-
baut! — Wohlstand und Zufriedenheit wird sodann in die fast
verzweifelten, bitter notleidenden Seelen aller Familienkreise, aller
ara entbehrenden Männer, Frauen und Kinder, als bald wieder
einkehren.

Jeder großzügig denkende edle Geist muß unbedingt für dieses
Riesen-Projekt eingenommen sein, denn es gilt hier mit sofort
der gesamten Weltwirtschaft und allen Völkern helfen zu
helfen und in den für arbeitslos und nützlichster Weise allerorts
die produktive Arbeit zu schaffen. — Zudem ist dieser
Welt-Handels- und Welt-Messe-Palast direkt eine Lebensnot-
wendigkeit für die Stadt Leipzig und zugleich für alle Staaten
der ganzen Welt, denn nur hier durch wird als bald eine beste
internationale Verbrüderung und der zweckmä-
ßigste internationale Warenaustausch geachttet
werden, was alle Länder ganz nötig brauchen.

Hinter unterm Baubalancen stehen bereits zahlreiche füh-
rende Männer, die den Mut hatten, für die dringende Not-
wendigkeit dieser Riesen-Schöpfung sofort öffentlich einzutreten,
die die Abgabe dieses heiligheligen Teiles am Hauptbahnhof sofort
als eine lächerliche Bagatelle bezeichneten und die niemals nach-
lassen.

Bei Baubeginn werden sofort alle führenden Firmen und
Männer des In- und Auslandes an dieser Riesen-Schöpfung teil-
nehmen und mitwirken.

An der Spitze unterm Unternehmer-Aktiengesellschaft in Leipzig
und unterm sofort zu gründenden Schwester-Aktiengesellschaft in
New York (mit ihrem gemeinsamen vorläufigen Kapital von
von zusammen rund 15 Millionen Mark — später eventuell mehr),
werden sodann sicher nur die besten Männer
mit den allergrößten Garantien stehen, die ihr vielseitiges Können
als bald der ganzen Welt preisgeben werden.

Die Welt-Handels-Palast-Aktiengesellschaft zu Leipzig wird nun
sodann wieder ein Gesuch an das Reichs- und Staatsver-
ordneten-Kollegium der Stadtgemeinde Leipzig zur alsbaldigen
Erteilung einer entsprechenden Erlaubnis betriffs der gewöhnlichen
bedingten Heberlastung dieses einsig und allein hierzu erforderlichen
Baugeländes (wegen einer einmaligen Entschädigung von
30 Millionen Mark, unter vorheriger Deponierung des ge-
samten Baupitals) einreichen.

welch nach rein kaufmännisch und juristischem Ermessen
nur auf Grund dieser, der gesamten Einwohnerschaft
schon seit dem 15. Januar d. J. nicht ermöglichten
Bekanntmachung, die Freunde unterm Aktien-Gesellschaft
in Amerika die erforderlichen 900 Millionen Mark
Baugelder — mit den zur Zeit nur notwendigen
rund 11 Millionen Dollar, — erst dann sofort besorgen
und besorgen können.

Der deutsche Reichs-Fiskus bewilligt sodann hierzu noch ohne
Zweifel — in Rücksicht auf die sofortigen Ersparnisse von mehr
als 300 Millionen Mark an ständigen Arbeitslosen-Unterstützungen
während der ca. 2-jährigen Bauzeit und auf die hierdurch zu er-
zielenden mehr als 100 Millionen Mark alljährlichen Steuer-Ein-
nahmen und auf die sofortige riesige Linderung der Raumnot
usw. usw. — einen einmaligen Baugelder-Zuschuß
der etwa noch nötigen 100-120 Millionen Mark.

Vor Deponierung des gesamten Baupitals soll dieser Riesen-
Neubau im alleseitigen Interesse nicht in Angriff genommen
werden.

Es ist eine längst allerorts anerkannte Tatsache aller Er-
leuchteten das einst und allein nur dieser gigantische Welt-
Handels- und Welt-Messe-Palast im Herzen von Europa in der
uralten Welt-Messe-Stadt Leipzig gelegen, mit einem Schloße
die gründlichste Konzentration und Internatio-
nalisierung des gesamten Welt-Handels und der
bedeutendsten Welt-Messe erreicht, hier zugleich aber
auch alle Messe-Raumnot endgültig beseitigt
damit mehr als 20 000 Mess-Ausstellern
neue Existenzen bietet, sowie mehr als
10 000 neue Existenzen dauernd schafft
und sämtliche produktiv bebauten freien Plätze Leipzigs mit
aller entsetzlichen Bevölkerung der gesamten Messe, end-
lich in geordnete Verhältnisse bringen wird.

Die Stadtgemeinde Leipzig wird durch diesen Riesen-Neubau
unbedingt zunächst während dieser zweijährigen Bauzeit eine Er-
einnahme von rund 240 Millionen Mark an Arbeitslosen-Unter-
stützungen, außerdem während dieser hieraus alljährlich mehr als
100 Millionen Mark an Steuer-Einnahmen.

Denn der Welt-Messe-Stadt Leipzig wird hierdurch nach sorg-
fältiger Berechnung ganz sicher ein Fremdenaufbruch von durch-
schnittlich mindestens 100 000 Personen täglich, wobei natür-
lich auch diese hierzu erforderlichen 10 großen Säle, die riesigen
Kellerräume und Cafés und diese 2500 Quadratmeter Sport- und
Bergnügungs-Terrassen ständig die entsprechende Anziehungskraft
ausüben müssen und wovon alle Geschäfte und alle Menschen ihre
Genüsse haben werden.

Alle Industrien und alle Handelsgeschäfte werden hierdurch
sicher einen vielfach höheren Umsatz erlangen und allen Bewohnern
von Leipzig und aller Welt wird hierdurch zweifellos als bald eine
wo man sich zum ersten Mal Segensquellen ausfinden
kann, denn einen solchen gigantischen Universal-Welt-Handels-
und Welt-Messe-Palast, im Bauwerte von mehr als einer Milliarde
Mark, gibt es in der ganzen Welt noch nicht.

Und dieser ist, wie die zahlreichen Anerkennungschriften be-
weisen, zur Hebung aller Notlagen der gesamten Weltwirtschaft,
ausgerechnet nur an diesem einzigen Orte, nur hier in der
uralten Welt-Messe-Stadt Leipzig, möglich und ganz drin-
gend erforderlich.

Am die Verteilung dieser unermesslichen Segensquellen aus
dieser Riesen-Schöpfung einermachen mit Zahlen zu beweisen,
sollen hier nur folgende Beispiele erwähnt:
Am Tage nach erfolgter Bewilligung dieses Baugeländes
werden für die betr. zweijährige Bauzeit in 3 Tageschichten, ca.
20 000 Arbeiter und Hilfskräfte zu tarifmäßigen Löhnen vorausgesehen
= 300 000 000 Mk.; — ca. 100 Baumeister und Architekten erhalten
Aufträge von etwa je 1 Million Mk. = 100 000 000 Mk.; — ca.
1000 Handwerkermeister und Handels-Vertreter mit je etwa 10 Ar-
beitern, erhalten Aufträge von etwa je 20 000 Mk. = 20 000 000 Mk.; — ca.
1000 Fabrikanten und Lieferanten aus allen Gauen
des In- und Auslandes erhalten Aufträge von je ca. 300 000 Mk.
= 300 000 000 Mk.; — für ca. 2000 Beamte, Fuhrleute und sonstige
Spesen werden ca. 100 000 000 Mk. anrechnet; — für die gesamte
Bau-Überleitung inkl. diversen Preis-Ausschrei-
bungen werden ca. 5 Millionen Mark bewilligt und
für die Beschaffung des erforderlichen Baupitals werden eben-
falls 5 Millionen Mark gewährt. — Das ergibt erst diese eine
Milliarde direkte Baufolien.

Hierzu kommen noch rund zwei Milliarden Mark als
Kosten aller Einrichtungen, Ausstellungen- und Kunstgegenstände
sämtlicher Aussteller und Unternehmer.

Des weiteren wurden hier bisher alljährlich circa drei
Milliarden Mark Welt-Kaufkraft erstellt, dann aber wird
man hieraus das ganze Jahr über das Schicksal der Erreichten
können.

Und diese Riesen-Beträge lagen in Leipzig und allen Erd-
teilen der ganzen Welt, bekanntlich im Fluge durch alle Branchen
von Hand zu Hand, so daß man selbige auch auf und ab zu schen-
ken bezahlte und somit auch alle Menschen ihre Vor-
teile davon haben und natürlich alle auch ihre Steuern davon
abgegeben müssen, die wiederum allen Menschen zum Nutzen kommen.

Wer möchte nun trotz alledem wohl noch Geuer dieses
Riesen-Unternehmens sein? — Jede Verzögerung und jede
Geuerhaft schädigt alle notleidenden Mitmenschen.
Selber ist dieser Riesen-Neubau bei den derzeitigen unabweer-
lichen ca. 20fachen Baukosten usw. und den damit verbundenen
ganz besonders hohen Mietpreisen überhaupt nur möglich durch
entsprechenden Hochbau, auf einem baubereiten Gelände, ohne je-
den Gebäude-Abbruch, in der denkbar besten Geländelage
Leipzigs und unter Benutzung der besten Auslands-Waluta.

Und diese beste Geländelage, ohne jeglichen Gebäude-Abbruch,
mit fertigem Anschluss für den erforderlichen Untergrund-Bahnhof,
bietet einzig und allein nur Leipzig mit seinem so gen.
Schwanenteich-Gelände, am größten Bahnhof der Welt. — Zur Be-
nutzung der Auslands-Waluta sind unsere Freunde in Amerika sofort
hilfsbereit.

Dies wollen bedauerlicherweise mehrere maßgebende Menschen
selber noch nicht einsehen und diese glauben, trotz aller ganz un-
abweerlichen Notlagen, lieber dieses heiligheligen Stückchen Anlage
mit dem ebenso heiligheligen Teich „Stehenden“ Wassers, der Stadt-
gemeinde dauernd erhalten zu lassen, obwohl beides schon längst
ganz unentzählige Verkehrsbehindernisse usw. bereiten.

Die ganze Stadtgemeinde Leipzig ist jedoch unzweifellos,
insbesondere auch ihren Mitmenschen aller Erdteile gegenüber, un-
bedingt verpflichtet, diesen Riesen-Neubau sofort mög-
lich zu machen und sämtliche Mietern für diese besonders hohen
Mietpreise eines letzten Neubaus, diese beste Geländelage zu
überlassen, und damit der Befestigung dieser bedeutenden Verkehrs-
behindernisse usw. usw. unverzüglich einzuwilligen, zumal ein sol-
cher Entschluß gegen dieses „historische“ Stückchen Wasser-
graben wohl niemals wieder ausgedacht werden kann und kein
anderes Gelände diese erforderliche Rentabilität und somit auch
niemals eine entsprechende Finanzierung gewährleisten.

Der Kampf gilt also lediglich dem so gen. Schwanenteich-Gelände.
Ein einziger Blick auf obige beide hochinteressante Haupt-
ankündigen laßt die gesamte Einwohnerschaft Leipzigs und alle
Interessierten des In- und Auslandes hierzu bestens ein. — Nötigen-
falls kommen wir noch öfter an dieser Stelle darauf zurück, um alle
Stimmen rechtlos den städtischen Kassen zu unterbreiten.

Mit dem Bau kann dann sofort begonnen werden,
indem sämtliche Vorarbeiten bereits fertiggestellt sind.
Dann wird es in Leipzig bald keine Arbeitslosen-Möte,
keine Messerarm-Möte, keine Geschäfts-Läden, Bureau-
und Fremdenzimmer-Möte usw. mehr geben.

Darum sollte endlich jedermann unverzüglich für die sofortige
Erbauung dieses volkwirtschaftlichen Riesenwerkes eintreten und
nach allen Kräften an der alsbaldigen Vollendung mitwirken, ins-
besondere aber sollte die gesamte Stadtvertretung seinen Augen-
blick so gern, dieses Baugeländes unter den eingangs erwähnten
Voraussetzungen, schnellstens zur Verfügung bereit zu stellen, ehe
die Waluta umfließt und ehe Leipzig um eine verwaiste Gelegen-
heit reicher wird.

Es muß rasch gehandelt werden! — Gröste Eile tut not!

Zu diesem Zwecke hat die Welt-Handels-Palast-Aktiengesellschaft zu Leipzig in ihrer Generalversammlung vom 23. Juli 1921 beschlossen, das bisherige Aktienkapital von 150 000 Mark um
weitere 6 375 000 Mark, durch Ausgabe von 425 Aktien à Nominal 15 000 Mark, zu erhöhen und dieselben durch Bezugsrecht- und Zeichnungsscheine allen Interessenten sofort zugänglich zu
machen. Bei der Zeichnung sind nur 10 Prozent für anteilige Spesen anzuzahlen, der Restbetrag ist sodann erst nach Bekanntgabe des Baubeginnes einzuzahlen. Vorherige Nachzahlung ist ausgeschlossen.

Es ergeht daher an alle Interessenten, Aussteller und Unternehmer, Lieferanten und Mitarbeiter hiermit die öffentliche Einladung, sich an diesem äußerst nützlichen Riesenwerk, das
ein ganz besonders günstiges Valuta-Geschäft zu werden garantiert, als bald zu beteiligen und sich dabei Räume und Konzessionen zu sichern. Dabei wird noch ganz besonders darauf aufmerksam
gemacht, daß nur 425 Aktien zur Ausgabe gelangen, die sicher in aller Kürze vergriffen sein werden. — Der Dank der Mit- und Nachwelt und die Fülle der Segensquellen können und
dürfen allen edlen Helfern und Förderern dieses Riesenwerkes nicht ausbleiben. — Darum allerorts auf zur sofortigen Förderung des Welt-Handels- und Welt-Messe-Palastes in Leipzig.

Näheres durch unsere Vertreter oder direkt durch die

Miets-Abchlüsse
sodann erbeten.

Welt-Handels-Palast-A. G., Leipzig

Teilhaber erhalten
Extra-Vorzüge.

Elisenstraße 43 / Telefon 3772, 1687, 60163

Kautionsfähige Vertreter an allen Plätzen gesucht.

Kontrakte usw. franco.

Prospekte auf Wunsch.

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Table with weather data including barometer, wind, temperature, and humidity for August 30, 1921.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 31. August.

Parteiangelegenheiten.

Kednervereinigung USPD.

Donnerstag, den 1. September, abends 7/8 Uhr, Zusammenkunft im Volkshaus, Zimmer 9.

Die Stadtverordnetenfraktion muß an dieser Zusammenkunft vollzählig teilnehmen.

Leipzig-Pl. Genossen! Die für morgen (Donnerstag) geplante Besichtigung muß umständehalber ausfallen.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau. Unsere Kinder spielen jeden Freitag und Montag im Priebritzbad, Lindenau, Kleinschöcherstraße.

Ortsverein Großschöcher. Donnerstag, den 1. September, abends 7/8 Uhr, Frauenabendsabend in der Schule.

Kleinschöcher. Donnerstag, den 1. September, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung in der Terrasse.

Gohlis. Die Kinder, die an den Spielen zum Gewerkschaftsfest teilnahmen und an dem am Sonntag, dem 4. September, stattfindenden Waldfest der sozialistischen Proletariatsjugend in Kleinschöcher teilnehmen wollen, melden sich am Freitag, nachmittags 4 Uhr, auf der Spielwiese.

Gruppenrat 11. Heute abend 7 Uhr Sitzung im Volkshaus, Zimmer 1.

Kinderhaukommission des Nordbezirks. Freitag, 2. September, abends 7 Uhr, Sitzung im Ridaus-Ausschank, Gohlis, Elisabethstraße.

Achtung! Die Gefangensprobe der Kinder zum Waldfest findet Donnerstag, den 1. September, abends 7/8 Uhr, im Gesellschaftsraum des Volkshauses statt.

Das Kind, das von der Spielleiterin beim Gewerkschaftsfest den Schirm bekam, wird gebeten, ihn wieder mitzubringen.

Die erste Tat.

Die Parteien der politischen Mordanschläge, der Volksausplünderer, versagen über eine weitverbreitete Presse, der sie zum größten Teil ihren starken Einfluß auf einzelne Teile der Bevölkerung verbanken.

Leider gibt es immer noch zahlreiche Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinrentner, die die falschen Nachrichten, Abendpost usw. befolgen und lesen. Insbesondere können sich viele Frauen von diesen Organen nicht trennen.

Diese Kreise der arbeitenden Bevölkerung führen und fördern mit ihren kargen Mitteln die Gegenrevolution die Parteien der Mordanschläge. Sie tun das meist gedankenlos, aus alter Gewohnheit, doch es ist die höchste Zeit, daß mit diesem Schlandrian gebrochen wird.

Diese Schandblätter haben der arbeitenden Bevölkerung die allerhöchsten Wunden geschlagen. Sie haben sie tausendfach belogen und betrogen. Sie haben zum Kriege gehetzt, das „Durchhalten“ gepredigt, die Revolution bekämpft und der Gegenrevolution gedient.

Besonders schuldig sind die bürgerlichen Blätter an der Teuerung, denn sie haben die Arbeiter in ihrem Treiben unterstützt und der Bevölkerung einzurehen versucht, die freie Welt-

schaft bringe ihr billigere und reichlichere Nahrungsmittel.

Inzwischen muß auch die letzte Arbeiterfrau zu der Erkenntnis gekommen sein, wie verderblich es ist, wenn sie weiter für diese gegenrevolutionäre Kapitalistenpresse ihr Geld hingibt.

Die arbeitende Bevölkerung muß sich ganz frei machen von dem unheilvollen Einfluß dieser Blätter. Sie bleibt unfrei, die Zustände werden nicht besser, wenn nicht ganze Arbeit gemacht wird.

Die Arbeiterklasse muß daher darauf sehen, daß ihre Wohnungen endlich von der gegenrevolutionären Kapitalisten- und Militaristenpresse gesäubert werden.

Wegen die Arbeiterfrauen und die Arbeiter überfall in den Betrieben, in den Wohnungen ans Werk gehen. Völlig der Gewerkschaften ist es, sich an dieser Säuberungsaktion zu beteiligen. Wenn erfolgreiche Arbeit auf diesem Gebiete geleistet wird, wenn die Reinigung aller Arbeiterwohnungen von der Presse der Mordanschläge gelingt, kommt die Arbeiterklasse ein gutes Stück vorwärts.

Heraus mit der Fackelkreuzpresse aus den Arbeiterwohnungen!

Bestellt und lest die sozialistische Presse! Werbt für die Leipziger Volkszeitung! Das sei jetzt die erste Tat der arbeitenden Bevölkerung Leipzigs.

Die Einheitsfront der Leipziger Arbeiterchaft.

Trotzdem es am Dienstagvormittag gelungen ist, eine Einheitsfront der gesamten Leipziger Arbeiterchaft zustande zu bringen, veröffentlicht der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs in der Freien Presse vom Dienstag, dem 30. August, einen Aufruf, der heftige Angriffe auf die Leitung der USPD Leipzigs enthält.

Eine am Montagvormittag in meiner Abwesenheit abgehaltene Sitzung von Bezirksvorstand der USPD und Kartellvorstehenden vertrat zunächst die Auffassung, daß ein Zusammengehen mit der SPD und SPD nicht angängig sei. Die Bezirksleitung der SPD wurde auch entsprechend beschieden. Nach meiner Rückkehr (ich war in Thüringen zur Landtagswahltagitation) am Dienstag, 30. August wurde mir die Sache berichtet und mitgeteilt, daß eine Abordnung der SPD sich angemeldet habe. Daraufhin setzte ich mich sofort mit dem Parteisekretär der SPD-Genossen Hagen, in Verbindung und schlug ein gemeinsames Vorgehen vor. Genosse Hagen erklärte, es ließe sich an der Sache nichts mehr ändern. Die Bezirksleitung der SPD habe bereits einen Aufruf an ihre Anhänger beschlossen, der auch heftige Kritik gegen die USPD enthalte. Dieser Aufruf sei bereits gefaßt. Aus technischen Gründen sei es nicht möglich, Änderungen daran vorzunehmen. Das war sehr sonderbar, denn es war erst 9 Uhr vormittags.

Hagen versprach, sich trotzdem mit den Mitgliedern der Bezirksleitung der SPD, in Verbindung zu setzen, damit diese event. einen andern Beschluß fassen könne. Gegen 11 Uhr vormittags teilte dann Genosse Hagen mit, daß die Bezirksleitung der SPD bereit sei, gemeinsam vorzugehen, sie sei auch bereit, ein inzwischens verbreitetes Flugblatt mit zu unterzeichnen. Weiter sollte in der Freien Presse die Aufforderung zur Beteiligung an der Demonstration erfolgen. Dieses müsse aber im lokalen Teil geschehen, weil aus technischen Gründen die erste Seite der Freien Presse nicht mehr geändert werden könnte.

Inzwischen war auch mit den Genossen der SPD, durch eine mündliche Verhandlung eine Verständigung erzielt worden, so daß nunmehr die dringende notwendige und erwünschte Einheitsfront bei der geplanten Aktion gesichert war. Der Rote Kurier hatte sich an die Abmachung gehalten. Die freie Presse tanzte insofern aus der Reihe, als sie auf der ersten Seite nicht nur den Aufruf der Bezirksleitung der SPD, brachte, der heftige Angriffe auf die USPD, enthielt, sondern auch noch eine Ausschaltung des Parteisekretärs der SPD, worin ebenfalls heftig auf die USPD losgeschlagen wurde. Erst auf der dritten Seite des Hauptblattes und im lokalen Teil wurde Mitteilung von der inzwischens erzielten Verständigung gemacht.

Bei einigermaßen gutem Willen hätte es sich ermöglichen lassen müssen, die in den angeführten Artikeln enthaltenen, inzwischens gegenstandslos gewordenen Angriffe auf die USPD, und das Gewerkschaftskartell zu entfernen. Da dies nicht geschehen ist, bleibt nur übrig, anzunehmen, daß entweder der technische Betrieb der Freien Presse nicht auf der Höhe ist, oder daß es bei der SPD, einflussreiche Leute gibt, denen billiger Agitationsstoff lieber ist wie die Einheitsfront des Proletariats.

Der Vorsitzende des Bezirksvorstandes der USPD, Leipzig, Heinrich Fleißner.

Lehrerbildung.

Der Leipziger Lehrerverein erhebt in einer Entschiedenheit der Hochverammlung am 25. August 1921 entschiedenen Einspruch gegen ein weiteres Verschleppen der Neuordnung der Lehrerbildung und des damit zusammenhängenden Umbaus der Seminare. Von dem Reichsministerium des Inneren müssen wir fordern, daß unverzüglich das Lehrerbildungsgefeß herausgebracht wird. Die sächsische Regierung aber muß den Umbau der Seminare und die Einrichtung der Pädagogischen Institute an der Universität und der Technischen Hochschule im Einklang mit der Seminar- und Volksschullehrerschaft sofort einleiten. Ein Verschleppen der Regelung und ein weiteres Betrachten auf spätere gesetzliche Lösung der Frage, wie dies im Herbst 1920 bereits gescheh, wirkt störend auf die Heranbildung des Lehrernachwuchses in Sachsen. Der Volksschule wird auf diese Weise der empfindlichste Schaden zugefügt. Die Elternschaft und die Lehrerschaft haben ein tieferes inneres Recht, die Durchführung der Reform der Lehrerbildung nach den Bestimmungen der Reichsverfassung im Interesse der Bildung und Erziehung der Volksschule mit allem Nachdruck zu fordern.

Wichtiges über Reichseinkommensteuer.

Das Steueramt schreibt uns: In den Kreisen der Steuerpflichtigen, die bereits einen vorläufigen Steuerbescheid oder ein Anforderungsschreiben auf das Jahr 1920 erhalten haben, ist noch nicht genügend bekannt, daß der ihnen abgeforderte Steuerbetrag nur vorläufig festgesetzt worden ist und daß eine endgültige Veranlagung erst noch stattfindet. Die Steuerpflichtigen werden zum großen Teil mit sogar erheblichen Nachzahlungen zu rechnen haben.

Die endgültige Veranlagung auf das Jahr 1920 kann in Leipzig jedem Steuerpflichtigen erst in einigen Monaten bekanntgegeben werden. Gleichwohl hat aber jeder Steuerpflichtige den danach zu zahlenden Steuerbetrag, soweit dieser nicht schon durch vorläufige Zahlungen oder durch den Steuerabzug vom Arbeitslohn gedeckt ist, vom 1. April 1921 an bis zum Zahlungstermin mit 5 Prozent zu verzinsen. Wer diese Zinsen möglichst sparen will, zahle deshalb schon jetzt im voraus den Steuerbetrag, den er nach der endgültigen Veranlagung voraussichtlich noch zu begleichen haben wird. Ueber die Höhe des Steuerbetrages, der als endgültiger für 1920 voraussichtlich zu entrichten ist, erteilen alle Steuerbestellen Auskunft, wenn ihnen der Steuerpflichtige angibt wie hoch sein Einkommen im Jahre 1920 gewesen ist. Da die Sparzinsen und Bankzinsen nach einem weit niedrigeren Zinssatz als 5 Prozent verzinst werden und von solchen Zinserträgen zudem noch die Kapitalertragssteuer gefügt wird, ist es schon aus Gründen der Sparzinsen geraten, die zur Steuerzahlung bestimmten Rücklagen möglichst bald zur Vorauszahlung der Einkommensteuer auf 1920 zu verwenden. Wer aber keine Rücklagen für die Einkommensteuer gemacht hat, möge auf angemessene Vorauszahlungen nicht nur der Verzinsungspflicht wegen bedacht sein, sondern auch der Angelegenheiten wegen, mit denen gerechnet werden muß, wenn der zu zahlende, häufig vielleicht bedeutende Betrag innerhalb kurzer Frist zu entrichten sein wird.

Die Vorauszahlungen sind an der Steuerbestelle zu leisten, bei der der Steuerpflichtige bereits die vorläufige Reichseinkommensteuer für 1920 entrichtet hat. Der Steuerzettel über letztere ist bei der Zahlung vorzulegen.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Zur Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter um 1 M für die Stunde im allgemeinen auf die Zeit vom 1. August 1921 bis Ende des Haushaltsplanjahres — 31. März 1922 — wurden insgesamt 8 950 000 M. bewilligt. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Der Beigeordnete des Rates für den Zoologischen Garten, Herr Stadtrat Dieke, wurde ebenfalls auch für den Palmengarten als Beigeordneter gewählt.

Schulfragen. Angestimmt wurde der Vereinigung der Schulbestellungen der Volksschulen, die ihre Zweckbestimmung durch die Einführung der Schulgeldfreiheit verloren haben, zu einer rechtsfähigen Sammelstiftung, der Freistellen-Erinnerungsstiftung, sowie der Errichtung einer Ratsfreischul-Gedächtnisstiftung aus dem Vermögen und Stiftungen der ehem. Ratsfreischule.

Ferner wurde beschlossen, die ausgeschriebene Stelle eines Stadtschulrates mit Herrn Dr. med. von Brunn in Rostock zu besetzen und die ausgeschriebene Kinderarztsstelle dem bereits früher hier amtlich tätigen gewesenen Dr. med. Kiesel, zur Zeit in Halberstadt, zu übertragen.

Genosse Hermann Werner verstorben. Wiederum hat der Tod eine Lücke in unsrer Reihe gerissen. Genosse Hermann Werner ist im Alter von 57 Jahren am Montagabend nach langem schwerem Leiden verstorben. Genosse Werner war ein Genosse, der schon in seiner Jugendzeit bis kurz vor Kriegsausbruch unermüdet tätig war für unsre Partei. Er hat stets seinen Mann gestellt für die

Ersteht zur Demonstration! Folgt den Ordnern!

Hundert Prozent.

Von Upton Sinclair.

Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Halensee 1921.

LVI.

Peter hatte von Nell einen kurzen Brief erhalten, in dem sie ihm mitteilte, sie habe ihre neue Stelle angetreten, werde ihm bald weiteres berichten. So ging er denn zufrieden wieder an seine eigene Arbeit. Der Erfolg der Sozialisten war, obwohl die Autoritäten alles taten, um ihn zu verhindern, erschreckend. Wie durch Zauberkraft erschienen bei jeder Versammlung Stöße von Zirkularen, wurden fortgetragen und verteilt, bevor die Autoritäten einschreiten konnten. Jeden Abend brüllten sich im Arbeiterempfehl Redner über den Fall Mc. Cormick heißer. Um alles noch schmerzlicher zu gestalten, behauptete plötzlich eine obsture Ein-Cent-Zeitung von American-City, die immer mit den Arbeitern geliebte-angelt hatte, die ganze Verschwörung sei ein abgekartetes Spiel gewesen. Auch hatten die Noten entdeckt, daß ihre Briefe geöffnet oder nicht befördert wurden und machen ein großes Geschrei, behauptend, es handle sich hier um Redefreiheit.

An diesem Abend sollte das Massenmeeting stattfinden. In der Times forderte ein empörter Leitartikel das Verbot der Versammlung. Der Leitartikel war überschrieben: „Nieder mit der roten Fahne“, und Peter begriff nicht, wie ihn ein reinblütiger, hundertprozentiger Amerikaner lesen könne, ohne zum Handeln getrieben zu werden.

Peter sprach dies auch Mc. Givney gegenüber aus, der erwiderte: „Wir werden schon etwas tun. Warten Sie bloß ab. Und richtig, am Nachmittag brachten die Zeitungen die Nachricht, der Bürgermeister von American-City habe den Besitzern der Halle mitgeteilt, sie seien für alle aufrührerischen, aufstehenden Bemerkungen, die während des Abends gemacht würden, verantwortlich. Außerdem sei es den Bürgern verboten, sich auf der Straße anzulagern, die Polizei werde vor der Halle sein, um Ordnung und Gesetz zu stiften. Die Besitzer der Halle hätten sich daraufhin

weigert, die Halle zu vermieten. Peter eilte in das Bureau des Volkstrates, fand dort ein reges Treiben vor. Die Sozialisten versuchten vergeblich, ein andres Versammlungstotal zu bekommen. Von Zeit zu Zeit begab sich Peter in eine Telefonzelle, sprach mit Mc. Givney, der dann seinerseits Guffen verständigte. Dier wiederum wandte sich an den Sekretär der Handelskammer, die Hallenbesitzer wurden angerufen, entweder vom Direktor der Bank, die auf ihrem Haus eine Hypothek hatte, oder von dem Direktor des Philharmonischen Orchesters, das bei ihnen seine Konzerte zu geben pflegte.

Derart kam es, daß an jenem Abend kein Meeting zustande gebracht wurde. Und auch an vielen folgenden Abenden konnte dies nicht geschehen. Guffens Agentur hatte inzwischen die deutsche Spionageschichte ausgeheftet, am folgenden Morgen wurde die erste Seite der Times von der aufregenden Enthüllung ausgefüllt, daß ein gewisser Karl von Stroeme, Agent der deutschen Regierung und angeblich ein Neffe des deutschen Kanzlers in American-City verhaftet worden sei. Er habe sich als schwedischer Nähmaschinen-agent ausgegeben, tatsächlich jedoch habe er Bombenverschwörungen gegen eine Munitionsfabrik finanziert. Drei von seinen Helfershelfern seien zur gleichen Zeit mit ihm verhaftet worden, auch habe man eine Anzahl äußerst wichtiger Dokumente gefunden, die unter anderem Wichtigem auch die Enthüllung brachten, von Stroeme sei mit einem ultrarotem deutschen Sozialisten in Verbindung gestanden, einem Beamten der Brot- und Zuderbäcker-Gewerkschaft, namens Ernst Apfel. Außerdem war erwiesen, daß Apfel Geld genommen und unter etlichen deutschen Noten verteilt habe, die es in den Verteidigungsfonds gesteckt, damit Zirkulare gedruckt hätten, die zum Generalsstreik aufforderten.

Peters Herz bebte vor Erregung, es pochte noch heftiger, da er nach dem Frühstück die Hauptstraße entlang schlenderte. Er sah große Ansammlungen von Menschen, überall wehenden Fahnen, es war wie am Tag des Kriegsbereitschaftsumzuges. Seltsame Menschen quälten Peter, er stellte sich ein unerwartliches Bombenattentat vor, dennoch vermochte er der Menge, den erregten Gesichtern, der ansteigenden Begeisterung nicht zu widerstehen. Nun erschien eine

Musikkapelle, prächtige kriegerische Musik ertönte, dann marschierten Soldaten die Straße entlang, trab, trab, trab — khaltschleider Wurzeln, eine Reihe nach der andern, schwere Tornister auf dem Rücken und nagelneue Flinten. Unsere Jungs! Unsere tapferen Jungs! Gott segne sie!

Es waren drei Regimenter der 23. Division, die vom Lincoln-Lager kamen, um eingeschifft zu werden. Dies hätte freilich vom Lager aus geschehen können, doch hatte das Publikum nach dem Anblick der Soldaten verlangt, und nun kamen sie, mit Musik und Fahnen, begleitet von glühenden, begeistertsten Bewunderern — zwei endlose Reihen von Leuten, halb wahnsinnig vor Patriotismus, brüllend, singend, Totschützer und Hülfe schreiend. Die ganze Straße wurde zu einem einzigen Gewirr, einem Fiebertraum. Peter sah die Reihen, bemerkte das taktmäßige Marschieren, hörte den Donner der Föhle. Er sah die jungen, knabenhaften Gesichter, erinnert und stolz, die Augen in die Ferne gerichtet, als ahnten sie, dies sei vielleicht das letztemal, daß sie die Vaterstadt erblickten, sie würden vielleicht von dieser Reise nie wiederkehren. Unsere Jungs! Unsere tapferen Jungs! Gott segne sie! Peter schürzte sich die Kehle zusammen, ein Gefühl der Dankbarkeit gegen die Männer, die ihn und das Land verteidigten, überkam ihn. Er hatte die Kräfte, sich die Zähne zusammen, beschloß von neuem, die lieblichen Menschen, die Dienstverweigerer, die Drückeberger, die Vagabunden und Aufrührer, die nicht an diesem ruhmreichen Abenteuer teilnehmen wollten, zu bestrafen.

(Kortlekuna folgt.)

Kleine Chronik.

Leipziger Puppenspiele (Direktion Joseph Bild.) Wunsch Nationalentheater, welches bereits im vorigen Jahr hier einen außerordentlichen Erfolg erzielte, beginnt seine diesjährige Leipziger Spielzeit am 16. September im Eldorado, Waffendorfer Straße. Die Leitung liegt in den Händen des Herrn Direktor Johannes Wink; außerdem sind zur Mitarbeit die Herren Dr. Alfred Lehmann und Musikdirektor Carl Ortwein gewonnen worden.

gute Sache, die er sich zum Ziele gesteckt hatte. Als eifriger Mitarbeiter galt er im Ostbezirk. In der Jugendbewegung war er ein Förderer, der er mit Rat und Tat zur Seite stand. Welche Opfer er für die Jugend gebracht hat, beweist die Tatsache, daß er in der Jugend der Vater genannt wurde. Im Jahre 1914 siedelte er nach Chemnitz über, wo er die letzten Jahre hindurch an einer kranken Krankheit litt, so daß er sich von den Kleinarbeiten der Partei zurückziehen mußte. Die Genossen werden sein Andenken in Ehren halten.

Elternversammlungen. 46. Volkshule, Freitag, den 2. September, abends 7 Uhr, Vortrag über Berufsberatung. (Herr Lehrer Müller und Herr Kroneberg.) — 6. Volkshule, Herderstraße, Mittwoch, den 31. August, abends 7 1/2 Uhr, Elternabend: Berufsberatung. Referent Herr Dr. Bergmann und Herr Sekretär Heise.

Die neue Fernsprechnordnung. Die vom Reichsrat angenommene, jetzt zur Veröffentlichung kommende Fernsprechnordnung bestimmt, wie uns amtlich geschrieben wird, daß vom 1. Oktober ab ein Hauptanschluß als überleitet zu gelten hat, wenn 2 an sechs zusammengehörigen Verlegungen für den Tag durchschnittlich mehr als sechzehn Besprechungen ergeben haben. Hierbei ist die Reichs-Telegraphenverwaltung in Anlehnung an die in anderen Staaten, wie z. B. in England, gemachten Erfahrungen davon ausgegangen, daß ein Anschluß, als voll besetzt zu gelten hat, wenn er zu 16 000 (abgehenden und ankommenden) Gesprächen im Jahre benutzt wird. Danach entfällt in der Regel die Hälfte, das sind 8 000 Gespräche jährlich, oder 27 täglich, auf den ankommenden Verkehr. Bei einem solchen Verkehrsumfang will die Reichs-Telegraphenverwaltung täglich eine unbezahlte Mehrarbeit von 25 v. H. des ankommenden Verkehrs leisten, d. h. sieben Verbindungen zulassen, die wegen anderweitiger Kapazitätszunahme des verlangten Anschlusses erst im Wiederholungsfall ausgeführt werden können. Gedächtnis ausgebrückt bedeutet dies, daß die Telegraphenverwaltung für jeden Anschluß täglich eine unbezahlte Leistung von rund 1,75 Mk. oder jährlich 525 Mk. ausführen will; daß sie aber bei höheren Beträgen Abhilfe verlangt, d. h. den Teilnehmer zur Anmeldung eines weiteren Anschlusses verpflichtet. Bei dieser Regelung ist es gleichgültig, wie sich der Verkehr des Anschlusses auf abgehenden und ankommenden Verkehr verteilt. Anschlüsse derselben Teilnehmer, die beim Fernsprechemittlungsamt nebeneinander liegen, so daß sie wahlweise benutzt werden können, haben eine erheblich größere Aufnahmefähigkeit. Ein Besetzfall wird bei solchen Anschlüssen nur dann angerechnet, wenn alle nebeneinander liegenden Anschlüsse dieses Teilnehmers gleichzeitig besetzt sind. Teilnehmer mit mehreren Anschlüssen haben deshalb ein Interesse daran, daß diese mit ihren Nummern unmittelbar aufeinanderfolgen. Von der ihr durch die Fernsprechnordnung eingeräumten Befugnis, von dem Teilnehmer die Anmeldung eines weiteren Anschlusses verlangen zu können, beabsichtigt die Telegraphenverwaltung nicht ohne weiteres Gebrauch zu machen. Sie wirt die Verhältnisse vielmehr zuvor mit dem Teilnehmer eingehend erörtern. Dabei ist für die meisten Fälle mit einer gütlichen Regelung zu rechnen, da der Teilnehmer selbst Wert darauf legen wird, daß die von ihm verlangten Verbindungen glatt ausgeführt werden.

Zuckerarten der Reihe 21. Es ist dringend zu raten, die Stammkarte der jetzt gültigen, am 17. September 1921 ablaufenden Stammkarte Reihe 21 aufzubewahren, da auf diese Stammkarte in der zweiten Hälfte des Septembers voraussichtlich noch eine geringe Menge Zucker zur Verteilung kommt. Nur im Besitz dieser Stammkarte befindliche Personen haben dann Anrecht auf den zur Verteilung gelangenden Zucker. Auf Bezugskarten und K-Zuckerkarten wird kein Zucker verteilt.

Kostenausgabe für Erwerbslose und Kurzarbeiter! Besteller im Besitze von Guthelmen müssen die Briketts innerhalb drei Tagen ab Donnerstag, 1. September, in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags (Sonnabends von 9—2 Uhr) abholen und zwar Bahnhöfe Bahnhof (Vöhringer Straße, Maß u. Co.) Nr. 1—343, sowie Selterhausen, Bennigsenstr. (Maß u. Co.) Nr. 2000—2328, Freitag, den 2. September, Wagwitz, Elisabethallee (Schmann) Nr. 1001—1231, Freibadbahnhof Eutritzsch und Stötteritz treffen erst nächste Woche ein.

Der dritte Mehtag. Die Besucherzahl ist, wie man uns mitteilt, weiter gewachsen, insbesondere trafen auch noch zahlreiche Ausländer ein, so aus Schweden, Holland, Belgien, England und Nordamerika. Die Zahl der ausgegebenen Einkäuferabzeichen und Ausweise hatte am Dienstag 105 000 überschritten.

Feuerwehrrichter. In den letzten Tagen wurde die Feuerwehrrichter 17 mal zu Bränden alarmiert. In allen Fällen konnte durch rechtzeitiges Eingreifen größerer Schäden verhindert werden. Durch Bubenhande wurde in der Westvorstadt ein Feuermelder in Betrieb gesetzt. Zu Hilfeleistungen verschiedener Art wurde die Wehr fünfmal in Anspruch genommen.

Kraftwagen-Personenposten hat die Reichspost jetzt im ganzen 265 eingerichtet. Diese Linien erstrecken sich über 7600 Kilometer, auf denen gegen 760 Omnibusse laufen. Sie enthalten Sitzplätze für 12 bis 29 Reisende und Raum für Gepäck und Post. Kraftwagen verwendet die Post außerdem auch im Telegraphenpostdienst. Der Lastkraftwagen ist schneller und tragfähiger als der mit Pferden. Nach und nach sollen alle Telegraphenbauämter mit Lastkraftwagen ausgerüstet werden. Im Durchschnitt erhält jedes Amt drei Wagen.

Das Leipziger Volkstheater beginnt am Donnerstag, 1. Sept., seine Spielzeit mit der Aufführung von Gerhart Hauptmanns Hanneles Himmelfahrt im Theateraal Drei Mühlen, Breite Str. Beginn 7 Uhr.

Neuverkauf an der Freibank. Freibank I: Nr. 7941—9940; Freibank II: 4541—5540.

Pollzeinachrichten.

Wer kann Angaben über nachfolgenden Unfall machen? Wer war der verlesene Knabe? Am Dienstag, dem 23. August, vormittags gegen 12 Uhr, ist auf dem Peterssteinweg in der Nähe der Härtelstraße, ein 5—6 Jahre alter Knabe von einem nach dem Königsplatz zu fahrenden Radfahrer umgefahren worden. Die Personalien dieses Radfahrers konnten festgestellt werden. Da sich aber in der Angelegenheit noch Erörterungen nötig machen, werden Zeugen des Unfalls, vor allem aber die Eltern oder Erzieher des umgefahrenen Kindes gebeten, sich möglichst bald bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

Arbeitslose, Kurzarbeiter und Fürsorgeempfänger.

Ausgabe von Hammelfleisch (gute Qualität), 4 Pfund 5,80 Mk., vom 1. bis 15. September täglich von 9 bis 2 Uhr im Schlachthof gegenüber dem Schauamt. Bitte passendes Geld und Einschlagpapier mitbringen.

Lebensmittellisten für Donnerstag, den 1. September.

Für Haushaltungen
Ausgabe, Kohlenarten für Haushalte mit Untermietern im Kohlenamt, Harthofstraße 3, 1. — Abteilung für Untermietern — von 1/2—1 Uhr: Buchstaben Kn—Kz des Vermieters.
Kreuzkonferenzen (Mittelschicht in Weißblechbüchsen) an Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene auf sämtliche vom Orisamt für Kriegserzieher ausgestellte Bezugskarten. Preis 5 Mk. (etwa 1 Pfund), Buchstaben N—S. Markthalle, Galerie, Stand 150 (Friedrich), vorm. 7—1 Uhr und nachm. 4—7 Uhr. Jeder Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene erhält 2 Büchsen.

Für Händler.

Nährmittel für Kinder bis zu 2 Jahren: Bezugseinnahme.

Aus der Umgebung.

Bezirksauswahlung der Amtshauptmannschaft Leipzig.

Dem Bezirksauswahlungsausschuss lag ein Statutenentwurf für einen Zweckverband zur Wahrnehmung der Interessen der Stadt Leipzig, des Bezirks und der betroffenen Gemeinden bei dem von der Regierung beabsichtigten Kohlenabbau vor. Nach längerer Debatte erklärte sich der Bezirksauswahlungsausschuss im Prinzip gegen drei Stimmen mit der Gründung einverstanden, obgleich in der Aussprache verschiedentlich Bedenken erhoben wurden, neben dem Bezirk noch den interessierten Gemeinden eine Vertretung im Zweckverband zu gewähren.

Mit dem Vorschlag, den Verbandsvorstand aus 8 Vertretern zusammenzusetzen, war man jedoch nicht einverstanden, sondern beschloß, unter Vorbehalt der Zustimmung der Bezirksversammlung, Leipzig 4 Vertreter zuzugestehen, für den Bezirk 3 und für die Gemeinden 2 Vertreter zu beanspruchen. Die endgültige Fassung des Statuts und die Wahl der Vertreter soll in der Bezirksversammlung stattfinden.

Gegen den Nachtrag zur Gemeindefeuerordnung von Quaschnitz lag ein Protest des Herrn Beckau vor, der dreifach und gottesfürchtig behauptete, die Grundsteuer belaste nicht nur den Grundbesitz der Agrarier, sondern auch ihr persönliches Vermögen. In seiner Beschwerde sprach der Herr die Verächtlichkeit aus, die nationalbewußten Bayern seien der USA-Mehrheit der Quaschnitzer Gemeindevertretung schon lange ein Dorn im Auge, und verlangte Garantien dafür, daß die Interessen der nicht der jeweiligen Mehrheit angehörenden Gemeindeglieder nicht vernachlässigt würden. Herr Beckau behauptete in seinem Schreiben zwar, im Auftrage der Quaschnitzer Gewerbetreibender zu sprechen, doch stellte der Referent fest, daß der Eingabe keinerlei Vollmacht beilagte. Er beantragte, die Beschwerde als rechtlich unzulässig abzuweisen, da die Kreishauptmannschaft — die die Beschwerde an den Bezirksauswahlungsausschuss abgegeben hatte — gar nicht in der Lage sei, die längst erteilte Genehmigung zu widerrufen. So wurde auch beschloßen, nachdem noch Genosse Kretzig Gelegenheit genommen hatte, die Unwahrheit der Behauptungen und Verdächtigungen des Beschwerdeführers nachzuweisen.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung waren weniger von Bedeutung. — Am Schluß der öffentlichen Sitzung sagte der neue Amtshauptmann bereitwillig zu, die Presse in Zukunft von den Sitzungen des Bezirksauswahlungsausschusses rechtzeitig zu benachrichtigen — eine Gepflogenheit, die unter seinem Vorgänger niemals Sitte war.

ha. Döhl, Marktberg. Aus dem Gemeinderat. Gegen die Einschränkung der Gemeinden durch das Kohlenabbaugesetz der sächsischen Regierung soll weiter energisch der Kampf geführt werden. Die Gründung eines Zweckverbandes der umliegenden Gemeinden mit der Stadt Leipzig zur Wahrung ihrer Bewegungsfreiheit wird daher begrüßt. — Die Bahnverwaltung teilt mit, daß sie am Bahnhöfengang Gaußstraße (Himmelbahn) keinerlei Änderungen eintreten lassen kann. — Die Verlegung der Gasleitungen ins neue Rathaus beginnt in den nächsten Tagen. Von einer besonderen Einweihungsfeierlichkeit wird abgesehen. — Am Sportplatz Möncherei machen sich eine Reihe weiterer Einrichtungen notwendig. Vor allen Dingen wird ein Unterstand und Aufbewahrungsort für Fahrräder errichtet. Die Zugangsweg werden hergestellt, Wegweiser und Tafeln errichtet. Auf dem Platz wird eine Laufbahn angelegt. Das Rathaus erhält Anschluß an die Wasserleitung. Die Gemeindeverwaltung ist beehrt, den Sportplatz zu herzurichten, daß er nicht nur ein Schmuckstück wird, sondern auch allen Anforderungen der Benutzer gerecht wird. Wahr ist ja, daß der Platz in seiner jetzigen Form in der Hauptsache auf den Fußballbetrieb zugeschnitten ist. Die Turnerei, Leichtathletik usw. sind etwas flüchtiglich behandelt worden. Wenn aber die beteiligten Vereine bedenken, was für Schwierigkeiten es verursacht hat, um den Platz überhaupt zur Verfügung zu stellen, dann wird ihr Kritik etwas gerechter ausfallen. Der Sportauswahlungsausschuss wird dafür sorgen, daß außer den Fußballspielern auch die anderen sportliebenden Vereine zu ihrem Rechte kommen. — Ein kaum glaublicher Fall von Undankbarkeit des Marktbergener Pfarrers kam am Schluß der Sitzung zur Sprache. Der Pfarrer hat danach der Schwester, die auch von der Gemeinde mit besoldet wird, unterlagert, bei einer Frau Nachtwache zu leisten, die nicht mehr der Kirche angehört, obwohl die Schwester zur Hilfeleistung bereit war. Die Angelegenheit wird vom Gemeinderat untersucht werden.

ö. Thekla. Aus dem Schulvorstand. Das Bezirksauswahlungsausschuss hat die Wahl des Herrn N. Hans als ständigen Stellvertreter des Schulleiters bestätigt. Dem Vertrag über Eingemeindung einiger Grundstücke zwischen Leipzig und Thekla stimmt man zu. Der Nachtrag zur Lokalstatutenordnung über die Elternratswahl ist genehmigt worden. In scharfen Auseinandersetzungen kam es bei dem Vorschlag des Gemeindevorstandes, an Stelle der besetzten Defen in den Schulzimmern eine Zentralheizungsanlage einzubauen. Während sowohl unsere Genossen als auch der Schularzt und zwei Lehrervertreter dem Vorschlag sympathisch gegenüberstanden, bekämpfte ihn der dritte Lehrervertreter, der gleichzeitig Vorsitzender des Hausbesitzervereins ist, mit allen Mitteln. Auch der andere Vertreter der Hausbesitzer unterstützte ihn hierbei. Schließlich wurde eine Kommission, bestehend aus dem Herrn Gemeindevorstand, Schulleiter Dalmer, Lehrer Burkert und dem Genossen Kögel, mit den weiteren Vorarbeiten betraut. Diese Auseinandersetzungen zeigen, welche Kräfte im Hausbesitzerverein am Werke sind, um dem neuen Gemeinderat ein andres Gesicht zu geben. Keine Steuern zahlen und alle Kulturaufgaben ablehnen. Das ist die Parole dieser Leute, die der deutschen nationalen Partei sehr nahe stehen. Darum Arbeiter, die Frauen auf! Berichtet wurde noch über den Kauf einer weiteren Nähmaschine für die Mädchenfortbildungsschule zum Preise von 1000 Mark. Für einen Experimentierort über stilles Licht für die Schule und die die Eltern am 7. September wurden 100 Mark, zum Kauf von mehreren Karten 900 Mark bewilligt. Kenntnis genommen wurde von dem Gesetz über die Auflösung der Schulvorstände.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Erhöhung der Teuerungszulagen für die Beamten.

Der Zwischenauswahlungsausschuss des Landtages war gestern zu einer Sitzung zusammenberufen worden, um die Regierung zu ermächtigen, die zwischen der Reichsregierung und den Organisationsvertretern vereinbarten Erhöhungen der Teuerungszulagen für die Beamten auch an die sächsischen Beamten auszuweiten. In Frage kommen für Sachsen 15 790 planmäßige und 2311 nicht-planmäßige Beamte, 976 dauernd Angestellte, 16 000 Lehrkräfte und circa 13 000 Arbeiter in werdenden Unternehmungen. Nach den von Berlin aus gemachten Vorschlägen soll die Erhöhung der Teuerungszulagen im Durchschnitt 20 Prozent betragen. Sie wird geteilt für die Beamten in Klasse A von 70 auf 93, in Klasse B von 67 auf 91, in Klasse C von 65 auf 80, in Klasse D von 60 auf 87 und in Klasse E von 55 auf 85 Prozent. Dazu kommt die Erhöhung der Kinderzuschläge in Klasse A auf 200, in Klasse B und C auf 175 und in Klasse D und E auf 150 Prozent. Die für Sachsen entstehenden Mehrausgaben betragen ungefähr 150 Millionen Mark. Da die Aussicht besteht, daß dem Staate die Mehrausgaben für die Beamten vom Reiche zurückgestellt werden, würde Sachsen nur die Mehrausgaben für die Arbeiter zu tragen haben. Es ist für die über 21 Jahre alten Arbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes um 1 Mk. vorgeschlagen. Für jüngere und weibliche Arbeitskräfte ist nach keine Regelung getroffen. Für Sachsen würden daraus ungefähr 32 500 000 Mk. Mehrausgaben entstehen. Deckungsmittel dafür sind noch nicht vorhanden. Die Erträge aus den noch nicht beschlossenen Steuern: Grund- und Gewerbesteuer, kommen für dieses Jahr nicht mehr in Betracht. Die Regierung ist aber porzünftig in der

Lage, die in Betracht kommenden Summen durch den ihr vom Landtag eingeräumten Kredit zu beschaffen.

Der Staat ist also vorläufig über die ersten Schwierigkeiten hinweg. In um so größere Bedrängnis geraten die Gemeinden. Die Regierung versichert, daß sie sich alle Mühe gegeben habe, die Reichsregierung zu veranlassen, auch die entstehenden Mehrausgaben der Gemeinden zu übernehmen. Das sei aber abgelehnt worden und bei der Finanzlage des Reiches sei auch keine veränderte Stellungnahme zu gewärtigen. Unter Hinweis auf die bevorstehenden Zahlungseinstellungen einer Reihe sächsischer Gemeinden, wurde die Regierung von einigen Ausschussmitgliedern ermahnt, darauf hinzuwirken, daß bald ein anderer Verteilungsmodus der Steuererträge zwischen Reich, Staat und Gemeinden gefunden werde.

Privatim wurde von einer Seite mitgeteilt, daß der Vorstand einer der an den Berliner Verhandlungen beteiligten Gewerkschaften die Erhöhungsfrage abgelehnt habe, und verlange, daß die Zulagen für alle Beamten nach gleichen festen Sätzen gewährt würden.

Der Ausschuss ermächtigte schließlich, unbeschadet der weiteren Verhandlungen, die Regierung, den sächsischen Beamten dieselben Teuerungszulagen auszugeben, die zwischen den Organisationen und der Reichsregierung für die Reichsbeamten festgelegt werden. Die Kommunisten wollten, daß die sächsische Regierung vorher noch gesondert mit den sächsischen Beamten verhandelt. Von einem derartigen Auftrag an die Regierung wurde aber abgesehen. Einmal, weil die Beamten selbst wünschen, daß die Verhandlungen zentral geführt werden und die sächsischen Gruppen bei den Verhandlungen in Berlin mit vertreten sind, dann aber auch, weil durch derartige Einzelverhandlungen die Angelegenheit verzögert wird, während es im Interesse der Beamten liegt, so bald als möglich die erhöhten Zulagen zu bekommen. Uebrigens hatte die Regierung erklärt, daß sie natürlich jederzeit bereit sei, die Wünsche der sächsischen Beamten entgegenzunehmen.

Der Sonderauswahlungsausschuss für die Grund- und Gewerbesteuer wird voraussichtlich am 20. September wieder zusammentreten. Es ist also für Ende September mit einer kurzen Tagung des Landtages zu rechnen.

Die Säuberungsaktion in der Justizverwaltung.

Die Chemnitzer Volkstimme teilt mit: Während die Hege gegen die Ernennung des Leipziger Justizbeamten Lohse zum Justizamman in der bürgerlichen Presse ungeschwächt weiter betrieben wird, bereiten sich im Justizministerium weitere Änderungen vor, die neun Zehntel der Bevölkerung Sachsens mit hoher Befriedigung erfüllen werden. Der aus der Justizaktion gegen die Gewerkschaften (Ostbayerischer Prozess) bekanntgewordene Ministerialdirektor Dr. Lessing wird ausgeschifft — es war aber auch die höchste Zeit. — Ihm folgt, soweit wir unterrichtet sind, auch der Ministerialrat Nitzsche. Der besonders in der Arbeiterkategorie berüchtigt gewordene Amtsgerichtspräsident Dr. Becker ist in Urlaub gegangen und hat sich bereits vom Beamtenstab des Amtsgerichts verabschiedet, ebenso wird Amtsgerichtsdirektor Dr. Ginsberg den Staub des Amtsgerichts von seinen Füßen schütteln — selbstverständlich unter gültiger Nachhilfe.

Das ist ein vielversprechender Anfang, dem noch Weiteres folgen muß, wenn in der Justiz die Atmosphäre heller werden soll. Wir kennen noch so manchen, bei dessen Abgang die Rechtspflege ungemein gewinnen würde.

Bezeichnend ist, daß die Deutsche Volkspartei wegen des „Falles Lohse“ schon beim Landtag einen Antrag eingebracht hat, der die Entziehung eines Untersuchungsausschlusses fordert. Die Herren wollen sich, wie es scheint, eine neue Blamage holen. Selbstverständlich fehlen auch die sächsischen „Demokraten“ nicht mit einer Anfrage wegen des Falles Lohse. Herr Dr. Senfert und seine Fraktionskollegen sollten sich doch einmal von ihrem im Justizministerium tätigen Parteifreund Dr. Wulffen einen Vortrag über die Notwendigkeit der Demokratisierung der Verwaltung halten lassen, ehe sie sich fortgesetzt lächerlich machen.

6 Wettkonzerne in Dresden aufgehoben.

Nicht weniger als 6 Sportwettkonzerne haben in den letzten Tagen in Dresden ihr Dasein aufgeben müssen. Durch die Kriminalpolizei wurde der Elbflorenzkonzern, Inhaber Kaufmann Behold, der Fortuna-Konzern, Inhaber Günther Vorstel, der Handikap-Konzern, Inhaber Stolle und Ebert, der Nator-Konzern, Inhaber Fröhlich (gleichzeitig Mitinhaber des Handikap-Konzerns), der Neidens-Konzern, Inhaber Schindler, und der Viktoria-Konzern, Inhaber von Kollenburg, aufgehoben. Wettgeister wurden diesen Konzernen in Höhe von etwa 100 000 Mk. bis 2 Millionen Mark zugetragen. Es wurden bei allen große Unterbilanzen festgestellt, und leider konnte nicht mehr viel Geld sichergestellt werden.

Eine neue Schiffsverbindung Dresden—Prag.

Seit Sonntag ist eine Schiffsverbindung zwischen Dresden und Prag hergestellt. Man kann auf der Elbe bis Leitmeritz fahren und dann weiter auf der Moldau bis Prag. Die Fahrt dauert 1 1/2 Tage.

Die Rechte des Mietervereinsvorsitzenden.

Mit einer interessanten Rechtsprechung hat sich das Dresdener Oberlandesgericht zu beschäftigen. Die Hausbesitzerin Seidel in Crossen (Müßbe) hatte den Vorsitzenden des dortigen Mietervereins, den Buchhalter Gollse, wegen Verletzung der Rechte des Mietervereins verklagt und in erster Instanz dessen Verurteilung zu 100 Mark Geldstrafe erzielt. In der Berufungsinstanz wurde jedoch der Angeklagte freigesprochen. Dem Verbandsprozess liegt folgender Vorgang zu Grunde: Wegen angeblich unrichtiger Mitgliedsbeiträge hatten sich zwei Mieter der Privatklägerin ratlosend an den Vorsitzenden des Mietervereins gewandt, der darauf am 19. Juli 1920 an die Frau einen Einschreibebrief geschrieben und darin von inoffizieller, schonungslosen Vorgehen gesprochen hatte, womit gemeint war, daß die Mieter die Steigerung von einem früheren Zeitpunkt ab bezahlen sollten, als es nach dem Gesetze zugelassen ist. Weiter waren diese Maßnahmen als Exzessivität und die Erhöhung der Mieten als Wohnunswürde bezeichnet und am Schluß gesagt worden: Bevor wir offiziell gegen diesen Gesetzesverstoß vorgehen, geben wir Ihnen anheim, sich mit Ihren Mietern einig zu einigen. Am für die Zukunft die Mieterchaft in ihren Rechten sicherzustellen, behalten wir uns vor, den Fall der Öffentlichkeit zu übergeben, falls nicht vorher Genußnahme erfolgt. Das Berufungsgericht billigte dem Angeklagten den Schutz des § 193 zu. Zwar seien die inkriminierten Äußerungen beleidigend, insofern habe der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, denn er hatte als Vorstand des Mietervereins ein berechtigtes Interesse, die Mieter zu schützen. Das hat er mit dem Briefe getan. Der Ansicht des Berufungsgerichts, daß der Angeklagte die Mieter nur an das Einigungsamt zu verweisen hätte brauchen, wenn es ihm lediglich darum zu tun war, bloß die Mieter schützen zu wollen, könne nicht beigemessen werden und dem Angeklagten sei daraus kein Vorwurf zu machen, wenn er sich direkt an die Privatklägerin wandte. Im Ausdrucks Wohnunswürde, der so häufig gebraucht werde, sei bloß ein Schlagwort und nicht der Vorwurf eines wirklichen Winkens zu erblicken. Der Angeklagte habe auch nur Vergleiche mit Erpressungen und Wohnungswucher angefügt und jedenfalls bloß versucht, den Mietern zu ihren Rechten zu verhelfen. Das Oberlandesgericht hat die Rechtsauffassung des Vorherrichters geteilt und noch hinzugefügt, daß in dem Augenblicke, als die Mieter an den Angeklagten herantreten, deren berechtigtes Interesse zu schützen war, die ihm selbst nahe gingen und zu seinem eigenen berechtigten Interesse wurden. Deshalb sei dem Angeklagten mit Recht der Schutz des § 193 zugesprochen worden. Infolgedessen wurde die Revision der Privatklägerin kostenpflichtig verworfen.

Nannsdorf b. Dresden. Hier rief sich der große Vize einer Wandergesellschaft los und getriebe unter spielende Kinder. Er ergriff ein zehnjähriges Mädchen und richtete es in furchtbarer Weise zu. Das Kind wurde ins Krankenhaus gebracht, an seinem Auskommen wird gezweifelt. Die Besitzerin des Wärens, die den Wären von dem Kinde zurückziehen wollte, erlitt bei ihren Bemühungen ebenfalls schwere Verletzungen, die bedeutliche Folgen haben können, da die Frau ihrer Niederkunft entgegensteht.

Nossen. Während des Drehens auf dem Rittergute Nauhtitz kam der Verwalter Erich Große der Starkstromleitung der Antriebsmaschine zu nahe und wurde tödlich verletzt.

Buchholz. Die Stadtverordneten erhöhten mit Wirkung vom 1. Juni ab die Stundenlöhne der Notstandsarbeiter von 4.70 auf 5.00 Mk. Die Ausgaben für Notstandsarbeiten vom 1. 4. 1920 bis 30. Juni 1921 belaufen sich auf 770 000 Mk. Erhöht werden die Tanzsteuer, und neu eingeführt eine Gewerbe- und Wohnungszusatzsteuer. Die Gewerbesteuer liegt bei einem 15 000 Mk. übersteigenden Ertrag ein. Der Ertrag der Wohnungszusatzsteuer ist auf jährlich 20 000 Mk. geschätzt.

Reichenbach i. B. Vom Blühschlage getötet wurde in Unterheinsdorf bei Reichenbach der Dienstknecht Zidart, der mit seinem Dienstherrn, dem Gutsbesitzer Paul, auf dem Felde Weizen aufbaute. Auch die beiden Pferde des Wagens wurden getötet. Der Wagen verbrannte samt seiner Last bis auf die Eisenenteile.

Elterlein. Der Bezirksauswahlschwarzberger bewilligte die Mittel zum Ankauf des Grundstückes der Oswaldkirch-Ruthe (Dubelsstraße) bei Schwarzbach.

Gewerkschaftsbewegung.

Sachsentag der freien Angestellten.

Die zweite gemeinsame Konferenz der beiden Gauen Sachsen des Zentralverbandes der Angestellten tagte am 27. und 28. August in Chemnitz, 67 Kollegen und Kolleginnen waren als Delegierte erschienen. Sie vertraten rund 45 000 freigewerkschaftlich organisierte Kaufmannsgehilfen, Bureau- und Behördenangestellte. Für den Hauptvorstand war Kollege Haukherr-Berlin anwesend. Das Landesamt des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa) vertrat Kollege Ingenieur Geiser, das Gewerkschaftsamt Chemnitz Arbeitersekretär Franz und Kollege Kluge, den Bund der technischen Angestellten und Beamten Kollege Hubing, den Deutschen Werkmeisterverband Kollege Keller. Der Vertreter des Sächsischen Gewerkschaftsausschusses vom ADB, ist durch wichtige Verhandlungen am Erscheinen behindert und übermündet telegraphische Grüße.

Kollege Landgraf enthielt den Gruß der Ortsgruppe Chemnitz.

Nach Fortsetzung der Tagesordnung und Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten gab Kollege Löhner, Chemnitz, den Geschäftsbericht.

Ursache und Wirkung der Teuerung, die gesamte Wirtschaftslage eingehend behandelnd, zeichnete Kollege den Ernst der Lage für die gesamte Arbeitnehmerschaft. Die Gewerkschaften wehren sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine weitere Verelendung der Massen. Nicht nur Verbesserung der Gehälter, Schaffung eines Ausgleiches der Teuerung, Bekämpfung des Steuerprogramms der Regierung als Wurzel des Übels und letzten Endes eine neue, die sozialistische Wirtschaftsform ist Ziel des Kampfes. Eine Weltanschauung trennt uns von den im nationalen Fahrwasser liegenden Verbänden, die trotz aller zutage tretenden Wirtschaftsnöten heute noch heute an eine Ueberbrückung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit glauben. Umfangreiche und rührige Agitation zeigt im Erfolg, daß auch in den Kreisen der Angestellten die freigewerkschaftliche Idee Eingang findet. Die Verbändeangestellten finden jetzt den Weg zu uns. Die Angestellten der Finanzämter suchen bei uns Rückhalt und Stärke. Ein einseitige, tägliche Kündigung und ungläubig niedere Gehälter andererseits, der Widerstand gegen die Betriebsräte ist ein Symptom deren Lage. Doch das Eingreifen des Zentralverbandes der Angestellten hat hier eine erträglichere Lage geschaffen. Ebenso wurden nachdrücklich die Interessen der Gemeindeangestellten gewahrt. Auch die Organisierung der Behördenangestellten ist Demokratisierung der Verwaltung.

Die Zeit der Massenenteerte ist vorbei. Kleinarbeit heißt heute die Parole, fleißige Werbetätigkeit war von Erfolg begleitet. 21 neue Ortsgruppen wurden gegründet, 10 im Gau Sachsen II, 11 im Gau Sachsen I, 3 Bezirksbeamte und ein Gauleiter wurden neu eingestellt. Verwaltungstechnische, inorganisationsmäßige Verbesserungen wurden geschaffen. Die Finanzlage ist eine gesunde. Das geistige Bindglied ist eine ausgezeichnete redigierte Presse: „Der freie Angestellte“ und 8 Fachzeitschriften sorgen für Aufklärung und Belehrung. Jeder Kollege und jede Kollegin muß Leser werden, das ist die Aufgabe der Ortsgruppen. Die Arbeiterpresse leistet uns wertvolle Dienste und nur die bürgerliche Presse glaubt unsere machtvolle Bewegung ignorieren zu müssen, sie werden als Abonnenten die Konsequenzen ziehen. Kopf- und Handarbeiter zusammen bilden eine Macht, mit der gerechnet werden muß. Auch die Reorganisation des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, deren endgültige Form der Afa-Kongress Düsseldorf festlegen wird, führt zu keiner Trennung des guten Verhältnisses zur Arbeitnehmerschaft, die immer mehr die Notwendigkeit der freien Angestelltenbewegung erkennt. Das Verhältnis zu den anderen Afa-Verbänden war, ist und wird in Sachsen ein ideales bleiben.

Die Kaufmannsgerichtswahlen waren Gradmesser der Werberlust des freigewerkschaftlichen Gedankens. An 24 Orten brachte uns die Wahl 96 Sitze. Glänzende Resultate erzielten Aue, Chemnitz und Dresden.

Grundrührige Aufklärungsarbeit zu leisten, dazu bieten die Lohnbewegungen Gelegenheit. Wir unterschätzen nicht die Gegner, aber wir fürchten sie auch nicht. Der große sittliche Gedanke, unsere klaren Ziele, das hohe Ideal des Sozialismus als volkswirtschaftliche Erkenntnis, Solidarität ist unser Träger. Werden, kämpfen, mitarbeiten und wir liegen. (Stürmischer Beifall.)

Gauleiter Loops, Gau Sachsen I (Dresden) zeichnet ein

Bild des inneren Aufbaues der Organisation. Die Fachgruppenabgliederung mit den Fachgruppenausschüssen an der Spitze, ermöglichte Entwicklung, befriedigende Tätigkeit.

Schulungs-Ladenschluß, Verschärfung der Sonntagsruhebestimmungen, Handelsinspektoren aus Angestelltenkreisen sind unsere brennendsten Forderungen auf sozialistischem Gebiet. Groß sind die allgemeinen Schwierigkeiten. Die Reaktion marschiert. Die gegnerischen Verbände, vor allem der deutsche nationale Handlungsgewerkschaftsverband, leisten ihr fleißiges Gefolge. Die Stellungnahme der ausliegenden bürgerlichen Presse zur Ermordung Erzbergers zeigt uns nicht nur den moralischen Tiefstand (sehr richtig), sondern auch, wohin der Weg gehen soll. Ungarn und Bayern sind ein Menetekel. Ein einziger Wille und die Tat wird die geplante Erdrosselung der Gewerkschaften verhindern (reicher Beifall).

Die Jugendfrage. Der Jugendkollege Schubert, Chemnitz, berichtet über den Stand der Jugendbewegung. Es sind trotz aller Hindernisse in der Werberlust erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Er bittet um Unterstützung derselben, denn die Jugend ist der Erbe des Gutes der Väter. Seine temperamentvollen Ausführungen finden beifälligen Anklang.

In der Aussprache über die Berichte beteiligten sich 16 Redner. Eine Fülle wertvoller Anregungen und Ergänzungen der Referate zeugte sie.

Ein Antrag auf Einberufung einer Jugendkonferenz wurde der Gauleitung als Material zur Prüfung der Notwendigkeit übergeben. Einstimmig wurde tatkräftigste Unterstützung der Durchführung des Tarifes in den Ortskantonten, ferner Ausübung des Einflusses der Verbände zur einwandfreien Feststellung der „Indexziffern“, beschlossen.

Ebenso einstimmig wurde das prozontierte Verhalten der Versicherungsgesellschaften anlässlich der Tarifbewegung der Angestellten scharf mißbilligt.

Nachstehende Resolutionen von weittragender Bedeutung wurden nach reiflicher Aussprache und Kritik der beteiligten Kreise einstimmig angenommen.

„Der am 27. August in Chemnitz tagende Landes-Gautag des Zentralverbandes der Angestellten hat mit Entzückung Kenntnis genommen von der Sabotage, die von Seiten der Oberverwaltungsämter trotz der Entscheidung des Arbeitsministers Jädel im Falle Weissen gegen den Tarif geleistet wird. Der Landesgautag erwartet deshalb, daß der Arbeitsminister in einer klaren Verfügung die Oberverwaltungsämter anweist, daß der vom Hauptverband Deutscher Ortskantonten und dem Zentralverband der Angestellten abgeschlossene Tarif in allen seinen Teilen ohne weiteres genehmigt wird.“

„Der am 27. August und 28. August 1921 in Chemnitz stattfindende Landesgautag des Zentralverbandes der Angestellten fordert mit aller Entschiedenheit vom Reichswirtschaftsamt und Reichstag eine beschleunigte Abänderung des § 130 f der GO. Lebensschutz betreffend.“

Es muß der Gemeinde das Recht gegeben werden, auf dem Wege des Ortsgesetzes einen früheren als den 7-Uhr-Ladenschluß zu verfügen, damit der in den Tarifen teilweise schon festgelegte Sechs-Uhr-Ladenschluß auch gesetzlich gesichert ist.“

Strassenbahner.

In einer am 30. 8. 1921 im Drachenfels stattgefundenen Vollversammlung der Strassenbahner, die von über 3000 Personen besucht war, wurde Bericht über den weiteren Fortgang der Lohnbewegung entgegengenommen. Die Ergebnisse der Verhandlungskommission waren gleich Null, denn leere Worte und Versprechungen von Seiten der Unternehmer sind nicht geeignet, die schlechte Lebenshaltung der Strassenbahner zu verbessern. Das Verhalten der Arbeitgeber wurde einer scharfen Kritik unterzogen und darauf hingewiesen, daß die bei den Strassenbahnunternehmern übliche Verschleppungs-Taktik aus neue wieder angewandt werden soll. Die Verhandlungskommission wurde beauftragt, unbedingt noch in dieser Woche konkrete Verhandlungen mit den Strassenbahnunternehmern herbeizuführen. Im Ablehnungsfalle sollen alle zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mittel in Anwendung gebracht werden, um den Strassenbahner ein menschwürdiges Dasein zu verschaffen.

Deutscher Verkehrsband.

Abt. Strassen- und Kleinbahner, Verwaltungsstelle Leipzig.

Beporztehrer Streik der Mühlenarbeiter in der Amtshauptmannschaft Leipzig.

Nachdem am 1. August der Lohnantrag geflündigt und die neuen Forderungen der zuständigen Stelle übermiltelt wurden, fand am 23. August eine Verhandlung mit den Unternehmern statt. Eine Einigung kam nicht zustande. Die Zugeständnisse waren zu gering, daß sie den schärfsten Protest bei den Betriebsräten der Mühlenarbeiter auslösten. Einstimmig wurde beschlossen, von den geltenden Forderungen nicht abzugehen und wenn eine Einigung nicht zustande kommt, am 1. September die Arbeit niederzulegen. Die Organisation wurde beauftragt, dies der zuständigen Stelle zur Kenntnis zu bringen. Von dort muß alles getan werden, einen Streik zu verhindern.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Zur Lohnbewegung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Am 19. August d. J. fanden in der Reichsarbeitsgemeinschaft für den Bergbau zwischen Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen des gesamten deutschen Bergbaus Verhandlungen über die Lohnfrage statt. Die Vertreter der Arbeitnehmer verlangten eine zentrale Regelung der Lohnfrage und eine Lohnerhöhung von 12 Mk. je Mann und Schicht. Die Arbeitgebervertreter lehnten eine zentrale Regelung mit Rücksicht auf die Verchiedenartigkeit des in der Reichsarbeitsgemeinschaft vertretenen Bergbaues und der gänzlich verschiedenen wirtschaftlichen Lage der einzelnen Bergbaureviere ab, erklärten sich aber zu Verhandlungen in den Bezirken nach erfolgter Kündigung der tariflichen Vereinbarungen bereit. Daraufhin wurde die Lohnfrage zum mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter-Lohnantrag von den an diesem Tarif beteiligten Arbeiterorgani-

isationen am 22. August ordnungsmäßig zum 30. September d. J. geflündigt.

Auf dieses Kündigungs schreiben gab der Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau den Arbeitnehmerorganisationen die Erklärung ab, daß er bereit sei, mit den Organisationen auf deren Antrag auf Grundlage der ordnungsmäßigen Kündigung der Lohnantrag in Verhandlungen über Lohnerböhrungen einzutreten. Er machte jedoch darauf aufmerksam, daß angesichts der derzeitigen schlechten wirtschaftlichen Lage der Braunkohlenindustrie Lohnerböhrungen nur im Zusammenhang mit Preiserböhrungen erwöhrt werden könnten, wobei noch besonders darauf hinzuweisen sei, daß verschiedene Revierteile bereits heute die Grenze ihrer Tragfähigkeit überschritten hätten.

Die Unternehmer wollen also nur dann höhere Löhne zahlen, wenn sie die Preise erböhrten dürfen. Das ist angesichts der hohen Gewinne, die überall erzielt werden, geradezu eine Unverschämtheit, die hoffentlich energisch zurückgewiesen wird.

Der Schiedspruch in der Halleischen Metallindustrie abgelehnt. Die Metallarbeiter beschloßen in einer am Dienstagmittag abgehaltenen Versammlung mit 2957 gegen 235 Stimmen die Ablehnung des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses, so daß der Streik der etwa 8000 Metallarbeiter in Halle weiter geht.

Lohnerböhrungen für die Berliner städtischen Arbeiter und Angestellten. In der Magistrats Sitzung am Dienstag wurde den Arbeitern und Angestellten eine Lohnerböhrung zugestimmt, und zwar den Erwachsenen eine Erhöhung von 80 Pfg. und den Jugendlichen von 60 Pfg. für die Stunde. Dies sei, so wurde mitgeteilt, das äußerste Zugeständnis, das man machen könnte, und es müßten sofort die Tarife für Elektrizität, Gas, Wasser, Straßenbahn und verschiedene städtische Steuern erböhrt werden, um die Kosten, die der Stadt entstehen, einigermaßen zu decken.

Differenzen im Berliner Zeitungsgewerbe. Wegen einer Arbeitsinstellung im Druckereibetriebe der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Aktiengesellschaft, konnten der Deutsche Reichsanzeiger und Preussische Staatsanzeiger, sowie die Deutsche Allgemeine Zeitung nicht erscheinen. Ein Teil der Buchdruckerarbeiter hat außerordentliche Forderungen gestellt und hat die Arbeit verweigert, obwohl der Verlag zu Zugeständnissen bereit war.

Transportarbeiterstreik in Mecklenburg. In ganz Mecklenburg ist am Dienstag der Transportarbeiterstreik ausgebrochen. Die Betriebe ruhen allgemein.

Die Transportarbeiter im Berliner Nahrungsmittelgroßhandel sind infolge Lohnerböhrungen in den Streik getreten.

Der Streik im Kieler Kleingewerbe, der bekanntlich auch die Transportarbeiter und Hafenarbeiter umfaßt und das Zustandekommen der Nordischen Messe gefährdet, ist beigelegt.

Die Streiks in Warschau.

Die ganze Reihe der Streiks in Warschau dauert unverändert an und alle bisherigen Verhandlungen sind ergebnislos geblieben. Ein Teil der Strassenbahnen, der Wasser- und Lichterleitung wird durch technische Nothilfe in Gang gehalten. Das Schlimmste an der ganzen Sachlage ist aber, daß die schweren Rückwirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben eine neue Arbeitsbewegung der polnischen Markt zur Folge haben. Das Ergebnis ist, daß die Teuerung sich verschärft und daß die streikende Arbeiterschaft zusammen mit derjenigen, die bereit ist, in den Streik zu treten, ihre Forderungen in rascher Folge immer höher schiebt. Forderte man in Polen noch 26 000 Mk. monatlich für den Durchschnittsarbeiter, so fordern heute in Warschau die neuerlich zum Streik bereiteten Theaterarbeiter für qualifizierte Kräfte 35 000 Mk., für Handwerker 45 000 Mk., für Reinmachefrauen 25 000 Mk. monatlich, die Bewilligung eines dreizehnmönatigen Jahres dabei vorausgesetzt, ebenso besondere Beihilfen in Krankheitsfällen wie für den Schulbesuch der Kinder.

Briefkasten der Redaktion.

Alter Abonnent. 1. Bei einem Wochenverdienst von 288 Mk. geht folgender Betrag für Steuern ab: 10 Prozent von 288 Mk. = 28.80 Mk. Davon werden geführt die Werbungskosten im Betrag von 8.40 Mk., 2.40 Mk. für Ihre Frau, je 3.60 Mk. für Ihre drei Kinder, zusammen also 21.60 Mk., so daß Ihnen 7.20 Mk. ab Steuern abgezogen werden dürfen. 2. Sieben Tane.

E. A. Seiff. Bei einem alleinstehenden Mann mit einem Wochenlohn von 240 Mk. dürfen bis 31. Oktober 1921 12 Mk. Steuern abgezogen werden, nach dem 31. Oktober 18 Mk.

Gauß. Bei einem Ehepaar mit 2 Kindern stellt sich bis 31. Oktober d. J. der Steuerabzug wie folgt: Steuerfrei: 2.40 Mk. pro Woche für sich selbst, 2.40 Mk. pro Woche für die Frau, 2 x 3.60 Mk. = 7.20 Mk. pro Woche für 2 Kinder, 8.40 Mk. pro Woche Werbungskosten = 20.40 Mk. 315 Mk. Wochenlohn = 10 Prozent 31.50 Mk., steuerfrei 20.40 Mk., bleiben 11.10 Mk., abgezogen nach unten ist 11 Mk. Steuerabzug. Nach dem 31. Oktober beträgt der Steuerabzug 15 Mk. — Bei der in der Nummer vom Mittwoch erteilte Auskunft ist insofern ein Tertum unterlaufen, als der steuerfreie Abzug von 2.40 Mk. pro Woche für Sie nicht berücksichtigt wurde.

Wosdorf. Vom dem angegebenen Verdienst für 14 Tage gehen bis 31. Oktober 29.76 Mk. für Steuern ab.

E. W. Wenden. Sie sich an die Verwaltung des Metallarbeiterverbandes.

B. K. Wenden. Sie sich an den Arbeitslohnrat, Gerberstraße 1. — : Mk. Parteizelle.

Deheim. In diesem Falle wird keine Erwerbslosenunterstützung bezahlt.

D. E. K. Na!

Mehl! Werners Elite-Mehl feinstes Weizen-Mehl, Auszugs-Qualität, ist das Beste.

ff. Leder-Ausschnitt
empfiehlt
Lederhandlung Heinrich Berthold
Leipzig, Nikolaistraße 20—26.

Heute und folgende Tage
Auspfundene großer Mengen
Harz- und Stangen-Käse
zu billigsten Preisen.
Markthalle, Galerie 124/125, Wagner.

Bitte täglich meine Schaufenster
mit
billigen Hutpreisangaben
zu beachten!
Carl Emil Ahlemann
Leipzig, Thomassgasse 11
Größtes Spezial-Putzgeschäft Sachsens.

Konsum-Verein
L.-Plagwitz..... Fleischerei-Abteilung
Achtung, Mitglieder!
Durch vorteilhaften Einkauf sind wir in der angenehmen Lage
Pa.frisches Rindfleisch
zum Preise von **8.00 Mk.** pro Pfund
abgeben zu können. // Der Verkauf beginnt **Donnerstag** und zwar soweit der Vorrat reicht.
Mitglieder, kauft nur in eurem eigenen Unternehmen.
Der Vorstand.

Billige Fleisch- und Wurstwaren!
Geräucherter Speck, Schwarzkraut, Schinken- und Schinken 13.00—14.00 Mk.
Kack- und Jagdwurst 14.00 Mk.
Salamiwurst 18.00 Mk.
Metts- und Polnische Wurst 16.00 Mk.
Brettwurst und Würme 11.00 Mk.
Mittwurst 10.00 Mk., Leberwurst 9.00 Mk.
H. Füllschweinefleisch 12.00 Mk.
In Tala (kein Ausland) 10.00 Mk.

Markthalle, Galerie tinte hätte von Stand 65.
Patentanwaltsbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

Achtung!
Kammerjäger
Fr. Lüdemann
Roblgartenstr. 39
berühmt in der Stadt.
Spezialität: *
Polst. Auero. b
Wansen n. Brut
unterstützt sachtl.
über (Verzehrung,
Verkauf, fofentia.)
Abonnenten herücklichtigt bei Euren Entwürfen die Intereuten der Leipziger Volkszeitung.

Die Presse der Rechten zum Mord an Erzberger.

Folg wie die Buben, die Matthias Erzberger auf einsamem Waldweg niederstreckten, sind die Blätter der Rechten, die jenen Buben den Lauf der Revolver geführt und den Kugeln die Richtung gegeben hatten.

Kur ein einziges Blatt Berlins bringt soviel Mut auf, mit halben Worten zu der intellektuellen Urheberschaft zu stehen, wobei es sich allerdings nicht vertneifen kann, auch beim Erzberger-Mord auf andre als mutmaßliche Mörder hinzudeuten und die Motive des Mörders wie im Falle Gareis zu verweisen.

Die Möglichkeit liegt nahe, daß Richter Lynx beim Tode Erzbergers seines Amtes gewaltet hat. . . . Rechten wir also an, daß, wie die Meute ohne Zweifel heulen wird, Deutsche, die aus Vaterlandsliebe handelten, die Täter seien.

Wenn die staatliche Rechtspflege versagt, wo doch das Volk ihr Eingreifen fordert, ersticht automatisch Richter Lynx. Das ist nun einmal so, wird immer so sein, solange die Menschen Menschen sind, und kein Gesetz der Welt wird es aus der Welt schaffen.

Gewiß: Wer Menschenblut vergießt, des Blut soll wieder vergossen werden! Das werden die jungen Leute, unter deren Revolver nach Aussage des Abgeordneten Diez der Ermordete geblieben ist — falls sie nicht einfach bolschewistische Nordbuben (!) waren — sich von vornherein bewußt gewesen sein.

Folgendes geht mir durch den Kopf: Ich traf einst, irgendwo im Reich, auf einem einsamen Bahnhof nach dem Zusammenbruch einen einsamen Offizier. Ich kannte ihn nicht, aber wir kamen ins Gespräch.

Im Tag tobt der noch pathologisch zu bewertende F. Hufschung: „Matthias Erzberger hat in diesem unglücklichen Deutschland Haß über Haß gegen sich aufgeregt, durch die feilsame Art, man möchte sagen durch die süßliche Knabenhafte Vergnüglichkeit, womit er in dunkelster Zeit oft deutsches Schicksal fingerte.“

Unterwerfung unter das Schmach- und Todesurteil Deutschlands überredete und dann in der schrecklichsten Stunde, da jedes deutsche Herz den Schlag verlagte, bei frühlichem Gelage in das Gästebuch eines öffentlichen Wirtshauses den Spruch schrieb: „Erst schaff dein Sach, dann trink“ und lach. —, von diesem 22. Juni 1919 erzählt er selber in seinen Erlebnissen im Weltkrieg.“

Tägliche Rundschau: „Auch am Grabe des Ermordeten Erzberger können wir nicht die Ueberzeugung verstreuen, daß sein Wirken für unser Volk verberblich war, bei der Juliresolution, dem Ebernischen Brief, den Waffenstillstandsverhandlungen und bei andern entscheidenden, lange nachwirkenden Entscheidungen, unter denen noch unsre Entel zu leiden haben werden.“

Die agrarische Deutsche Tageszeitung: „Ein Mann ist auf gewalttätige Weise aus dem Leben geschieden, um den seit Jahren ein erbitterter Kampf tobt, weil viele, unzählige Deutsche, und nicht zum wenigsten sogar ein Teil seiner engeren Parteigenossen, sein Wirken als unheilvoll für das deutsche Volk ansehen.“

Die agrarische Deutsche Tageszeitung: „Das Verbrechen, das dem Leben des vielgenannten und vielwandten Politikers und Parlamentariers ein Ziel gesetzt hat, rüh eine Persönlichkeit aus dem Leben, die von starkem persönlichem und politischem Ehrgeiz erfüllt, von dem unüberwindlichen Drange besetzt war, im politischen Leben Deutschlands eine erste Rolle zu spielen.“

Norddeutsche Allgemeine Zeitung (Deutsche Volkspartei): „Das Verbrechen, das dem Leben des vielgenannten und vielwandten Politikers und Parlamentariers ein Ziel gesetzt hat, rüh eine Persönlichkeit aus dem Leben, die von starkem persönlichem und politischem Ehrgeiz erfüllt, von dem unüberwindlichen Drange besetzt war, im politischen Leben Deutschlands eine erste Rolle zu spielen.“

„Erzberger ist in erster Linie mitschuldig an dem unglücklichen Ausgange des Weltkrieges, sowie an dem in seinen Folgen Deutsch-

land so verheerenden Versailler Vertrage und seiner Annahme. Obwohl als Schädling seines Volkes seit langem entlarvt und von seiner Partei in den Hintergrund gestellt, hat Erzberger nie die Hoffnung und das Streben aufgegeben, im politischen Leben Deutschlands wieder eine führende Rolle zu spielen, vielleicht sogar die höchste Stelle einzunehmen.“

Also Erzberger ist unerschütterlich gemacht, weiter nichts. Das ist die Meinung des Organs der „Ordnungs“-Regierung Kahr.

Gerichtssaal.

Die Liebesanlegerin des Bürgermeisters. Mit einer recht peinlichen Angelegenheit hatte sich am 18. November v. J. das Landgericht Halle a. S. zu befassen. Es verurteilte die 20jährige unverschleihte Olga Böhme wegen verführerischer Abtreibung und ferner wegen Anstiftung zur Abtreibung den 2. Bürgermeister von Bitterfeld Paul Frühner zu neun Monaten Gefängnis.

Unsere Herbst- und Winter-Neuheiten

in fertiger Herren- und Knaben-Bekleidung.

Ein neuer Beweis unserer Leistungsfähigkeit.

Herren-Anzüge

in bester Verarbeitung und enormer Auswahl 450.- 540.- 630.- 790.- 850.- u. höher

370.-

Herren-Ülster

in allen Farben und Formen, zum Teil der neue Tailen-Ülster 450.- 540.- 670.- 780.- 890.- u. höher

380.-

Sport-Paletots

in Covercoat, teilweise auf Seide 670.- 780.- 890.- 980. 1080.- u. höher

590.-

Dunkle Paletots

in schwarz und marengo, I- und IIreihig, auch in eleganter Rockform 580.- 690.- 780.- 890.- 980.- u. höher

475.-

Regen-Mäntel

aus Loden, Gummi und Gabardine, absolute Dichtigkeit garantiert 370.- 490.- 580.- 675.- 790.- u. höher

250.-

Beinkleider

in flotten Streifen und nur festen Qualitäten 58.- 75.- 98.- 120.- 195.- und höher

48.-

Jünglings-Ülster und Anzüge

aus besten Stoffen und Zutaten 220.- 340.- 470.- 580.- 695.- u. höher

150.-

Knaben-Mäntel und Anzüge

in verschiedenen Formen aus nur praktischen Stoffen 68.- 95.- 105.- 118.- 138.- und höher

48.-

Sport- und Livreekleidung in allen Preislagen

Gebr. Manes

Reichsstrasse 11 Ecke Salzgäßchen.

